

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W 57
Winterfeldtstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)
Fernsprecher Amt C 400 Nr. 6433

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags-Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Postgeld) 2 Mk.
Postzeitungsliste Nr. 3164

August Bebel.

Einer von den Großen der Menschheit ging dahin.

Als wir vor drei Jahren an dieser Stelle den 70. Geburtstag Bebels feierten, da wußten wir: nur eine kurze Spanne Zeit noch wird er uns die leuchtende Fadel halten.

Wohl zeigte ihn dann der Parteitag zu Jena 1911 noch einmal auf der Höhe, als er die letzte Wahlbanfare bließ. Aber diese Feuerrede war das letzte Aufblühen, in Chemnitz 1912 konnte er die geplante Eröffnungsrede nicht mehr halten. Und von der Tribüne des Reichstags hat er schon seit Jahren nicht mehr seine stammenden Anklagereden wider den Kapitalismus gehalten.

So haben wir uns mählig daran gewöhnen können, den durchgreifendsten, wirksamsten Agitator der deutschen Arbeiterbewegung, den scharfsinnigen und zielklaren Organisator und Führer verlieren zu müssen . . .

Bebel's Leben stellt gleichzeitig ein Hauptkapitel aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung dar. Am 22. Februar 1840 wurde August Bebel in der Kafematte zu Deuts-Köln geboren. Sein Vater war Unteroffizier und lebte in kümmerlichen Verhältnissen. Mit 35 Jahren starb der Vater. Im Herbst 1844 heiratete die Mutter den Zwillingbruder ihres verstorbenen Mannes. Er war den zwei Kindern ein lieber Vater, starb aber schon 1846. Bebel schreibt aus der nun folgenden Zeit in seinen Memoiren: „Was eine Mutter für ihre Kinder opfern kann, habe ich an der eigenen erfahren.“ Bereits 1853 starb die Mutter. Bebel kam nun zu einer Tante in Wehlar, sein Bruder zu einer andern Tante, woselbst er bald starb.

Bebel hätte gern das Bergfach studiert. Da hierzu das Geld fehlte, mußte er Drechsler werden. Sein Meister nahm ihn in die damals allgemein übliche strenge Zucht. Von früh 5 Uhr bis abends 7 Uhr ging die Arbeit ohne Pause, nur von den Minuten fürs Essen abgesehen. Selbst Sonntags war er nicht immer frei. So weit aber freie Zeit für ihn abfiel, verwandte er sie zum eifrigen Lesen alles dessen, was gerade in seine Hände fiel. Endlich sind die Lehrjahre vorüber, Bebel geht auf die Wanderschaft, lernt Süddeutschland kennen, und kommt über die diversen Vaterländer nach dem schönen Salzburg, wo er mehrere Monate weilte. Im Februar 1860 geht zurück nach Leipzig, wo just die Arbeiterbildungsvereine ins Leben gerufen wurden. Der aufgeweckte, wissensdurstige junge Bebel schließt sich mit Begeisterung an. Am 19. Februar 1861 wohnt er der ersten öffentlichen Versammlung bei. Sie bezweckt die Gründung eines Bildungsvereins. Frische und Bahlreich, zwei namhafte Arbeiterführer, forderten volle politische Selbständigkeit dieses Vereins, während die liberalen Führer den Verein nur für Unterrichtszwecke haben wollen. Letztere dringen auch durch. Als 1862 die Opposition unter Bahlreich einen neuen Vorstoß unternahm, unterlag sie, wobei auch Bebel gegen die Opposition zu Felde zog. Nun gründete man einen neuen Verein „Vorwärts“ und forderte die Einberufung eines allgemeinen Arbeiterkongresses. 1863 kam auch eine Verbindung mit Lassalle zustande, der in seinem „Offenen Antwortschreiben“ die volle politische Selbständigkeit der Arbeiterklasse forderte.

Bebel blieb einstweilen im Arbeiter-Bildungsverein, wo er allerlei Nemter belleidete. Dabei stand er von 6 Uhr früh bis 7 Uhr abends als Drechslergeselle an der Drehbank. Nicht (wie Lassalle) das allgemeine Wahlrecht erschien ihm als Hauptwaffe zur Erringung der Volksfreiheit, sondern die baldige Wiederkehr einer revolutionären Erhebung wie 1848. Als aber Bismarck 1866 zu seinem Schläge wider Oesterreich ausholt, steht der junge Bebel bereits an der Spitze jener Männer, die dieser Politik die Gefolgschaft versagen. Nicht Fürsten, Könige oder Kanzler sollen die deutsche Freiheit bringen, sondern das deutsche Volk. Gewiß wurde im weiteren Verlauf Bebel von Bismarck besiegt, aber nicht zuletzt deswegen, weil das deutsche Bürgertum vollkommen versagte und sehr bald seinen Frieden mit dem herrschenden System machte.

So mußte Bebel Schritt um Schritt vom Liberalismus zum Sozialismus kommen und auch hierin spiegelt sich der Entwicklungsgang des deutschen Proletariats wider. Im Kampfe mit den Lassalleanern hat Bebel deren Schriften kennen gelernt. Das beschleunigte, wie er selbst schreibt, seine Entwicklung ganz gewaltig.

Schon mit 28 Jahren zieht Bebel in den Norddeutschen Reichstag ein. Hier im Parlament findet er so recht die Wirkungsfelder für seine rednerischen Fähigkeiten, seinen Fleiß und Eifer. Zur Gewerbe-Ordnung von 1869 tritt er für Abschaffung des lästigen Arbeitsbuches ein. Er ist der Verfasser eines Arbeiterbuchengesetz-Entwurfs

und 1877 tritt er für Schaffung eines Reichsgesundheitsamts ein. Der Ausspruch des Direktors Dr. Woedtk, vom Reichsamt des Innern ist bezeichnend für sein parlamentarisches Wirken: „Der einzige Abgeordnete, den wir im Bundesrat fürchten, ist Bebel!“ Vor allen Dingen aber hatte Bebel dem Militarismus grimmige Fehde angefaßt. Es war allemal ein großer Tag im Parlament, wenn Bebel seine wuchtigen Anklagereden zum Militäretat hielt, wenn er, mit ungeheurem Material ausgerüstet, die Soldatenmißhandlungen geißelte und Rechenschaft forderte. Die Tribüne des Parlaments ward zum Tribunal und so mancher Leser seiner Reden mag erstmalig stunig geworden sein und bald den Weg zur Sozialdemokratie gefunden haben.

Noch weilen wir noch einen Augenblick bei der Zeit, wo Bebel und Liebknecht 1870 als alleinige Vertreter der Sozialdemokratie den Mut fanden, trotz der „patriotischen“ Strömung, gegen den Krieg, später auch gegen die Annexion Elsaß-Lothringens zu sprechen. Man versuchte es nun mit dem berühmten Leipziger Hochverratsprozeß. Bebel, Liebknecht und Heppner wurden am 17. Dezember 1870 plötzlich verhaftet. Letzterer wird zwar freigesprochen, Bebel und Liebknecht aber erhalten je 2 Jahre Festung, die beide in der Hauptsache auf Hubertusburg verbrachten. Außerdem wurde Bebel am 6. Juli 1872 wegen Majestätsbeleidigung noch zu weiteren 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Aber damit begann für Bebel recht eigentlich erst eine planmäßige Studienzeit. Mit der Unterstützung Liebknechts gelang es Bebel, die Lücken seines Wissens zu füllen. Er schrieb auch im Gefängnis über die Tätigkeit des Reichstages, dann die bekannte Broschüre „Christentum und Sozialismus“, umfangreiche Studien für sein Buch „Die Frau und der Sozialismus“ nahmen ihren Anfang. Am 15. April 1874 verließ Liebknecht die Festung. Bebel weilte bis 1. Juli auf der Feste Königstein, dann trat er seine 9 Monate im Gefängnis zu Zwickau an, das er erst am 1. April 1875 verließ. In der Tat ein anderer geworden: Der Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft.

Im gleichen Jahr (1875) gelang endlich die Einigung der Lassalleaner und Eisenacher; zum großen Teil Bebels Werk. Wir können die folgende Zeit des Sozialistengesetzes von 1878—1890 hier nur flüchtig andeuten. Unstreitig war Bebel der größte und erfolgreichste Agitator während dieser Drangsalierungsperiode. Auch ihn traf wiederholt das Schicksal der Ausweisung und es ist bezeichnend, daß er es verstand, im Reichstag in dieser Zeit der völligen Verständnislosigkeit der Herrschenden (gegenüber dem Sozialismus) ihnen von Zeit zu Zeit ein Licht aufzustecken. Seine Beherrschung der Materie bei den großen Reden, die Großzügigkeit, Gewissenhaftigkeit, Fleiß und Schärfe, wußten auch dem Gegner Achtung abzuwinden. Und als in den 90er Jahren die Zukunftsstaatsdebatten ihm Gelegenheit gaben, die ganze Armseligkeit unserer Zeit aufzuzeigen, da half all sein Spotten den nicht eingetretenen „Kladderadatsch“. Seine prophetische Natur hat sich wiederholt gezeigt, ganz zuletzt noch, als er die kommende Aufrüstung auf dem Parteitag 1911 voraussagte. Für ihn traf gewiß das Wort Schillers zu:

„Mit dem Genius steht die Natur im ewigen Bunde,
Was der eine verspricht, leistet die andere gewiß!“

Aber wie hat Bebel auch gegen das persönliche Regiment gewettert! Seine Abwehrrede wider Wilhelm II. und wider das „junge Herrlein“ sind in aller Gedächtnis und wurden trotz des herrschenden Byzantinismus auch vom Bürgertum als befreiende Wahrheiten empfunden.

Als wir Jüngeren in der gährenden Zeit anfang der 90er Jahre zu den Bebelversammlungen in der Berliner Bockbrauerei wallfahrten, da war wohl jede dieser Versammlungen ein Ereignis unseres Lebens. Und ähnliches läßt sich von vielen Parteitagen der Sozialdemokratie sagen, wenn auch hier Bebel ein anderer war. Die zusammenfassende Darstellung über die Wirkung des Sozialistengesetzes, die Bebel auf dem Parteitag in Halle 1890 gab, ist noch heute überaus lesenswert. Den unerfreulichen Dresdener Debatten 1903 wußte er immerhin ein tieferes Fundament zu geben durch seine Kompromiß-Abgabe mit dem Bürgertum. 1905 in Jena hielt er die zündende Rede für den politischen Massenstreik, die in diesen Tagen wieder aktuell geworden ist. Und 1911 hat er in erhebender, packender Weise die bevorstehenden Reichstagswahlen eingeleitet, deren glänzenden Wahlausfall mit 4 1/4 Millionen Stimmen und 110 Mandaten zu erleben ihn noch vergönnt war.

Doch auch des Schriftstellers August Bebel muß in diesem Zusammenhange gedacht werden. Wir haben wiederholt in der „Gewerkschaft“ durch Auszüge und Besprechungen das bedeutendste Buch Bebels „Die Frau und der Sozialismus“ zur Anschaffung empfohlen. Es ist wohl auch heute noch die beste, populärste und doch tiefgründige Werbeschrift des Sozialismus. In alle Kultursprachen ist es überetzt und weite Kreise der bürgerlichen Frauenwelt empfangen von hier aus ihre Anregungen. Wohl hat das Buch auch viel Anfechtungen der Gegner erfahren; aber das ist gewiß kein schlechtes Zeichen. Bebel hat das Buch immer weiter ergänzt und verbessert. Es ist nicht nur mit wissenschaftlicher Klarheit und warmer Begeisterung für die Frauenwelt, für die gesamte Arbeiterwelt, sondern auch für die ganze Menschheit geschrieben.

Bebel ist auch den Gewerkschaften stets ein eifriger Förderer und Berater gewesen. Während die Lassalleaner zunächst nichts als politische Bestrebungen der Arbeiter dulden wollten, trat er frühzeitig für Gewerksvereine ein, wie z. B. 1868 auf dem Vereinstag in Nürnberg. An der Wiege der deutschen Gewerkschaften hat Bebel gestanden und sein Interesse hat er ihnen bekundet bis in die jüngsten Tage. Wohl täuschte auch er sich, wie so viele andere, als er 1893 in Köln meinte, den Riesenindustrien wie Dortmunder Union, Krupp usw. sei mittels der Gewerkschaften nicht beizukommen. Wir sind ihnen beigekommen und es ist nur eine Frage der Zeit, daß auch die stärkste Industriegruppe mit uns rechnen muß. Andererseits trat Bebel schon 1897 auf dem Parteitag in Hannover energisch für die Unabhängigkeit und Neutralität der deutschen Gewerkschaften ein. Unvergessen wird uns sein denkwürdiger Vortrag im Berliner Gewerkschaftshaus 1900 sein, der später unter dem Titel „Gewerkschaftsbewegung und Politische Parteien“ erschienen ist und vielen Genossen zur gründlichen Lektüre empfohlen werden kann. Unzählige sind die Artikel in der Gewerkschaftspressen, die er bis in den letzten Jahren aus besonderen Anlässen und auf Wunsch geschrieben hat. Bebel trat auch 1910 im Berliner Bauarbeiterkampf für Disziplin und Kampfaufgabe ein, und wie sehr er recht behalten, hat der Ausgang dieses Kampfes gelehrt. Damals betonte er auch die Notwendigkeit, daß der Führer die volle Verantwortung zu übernehmen hat und sich nicht von Stimmungen hinreißen lassen darf. Diese Worte Bebels verdienen in diesen Tagen ganz besondere Aufmerksamkeit.

So beugt denn an der Bahre Bebels die ganze gewerkschaftliche Welt ihr Haupt.

Die Internationale hat vor wenigen Jahren in Liebknecht ihren bekanntesten Vertreter verloren und es war ehrenvoll für uns, als Branting unter allgemeiner Zustimmung auf dem letzten internationalen Kongress in Kopenhagen Bebel den „ersten Mann der Internationale“ nannte. Auch als die „Vertörfierung der deutschen Arbeiterklasse“ ist er bezeichnet worden. Gewiß könnte man sagen: „Ach, der Bebel unter uns (wenn auch in kleinerem Ausmaß) sind gar wenige“. Aber was die besten Eigenschaften des deutschen klassenbewußten Arbeiters ausmacht, das war in Bebel vorhanden.

Das Bürgertum hat Bebel von Anbeginn verkannt. Seine Gegner, von Bismarck bis herab zu Eugen Richter, arbeiteten oft mit kleinlichen und lächerlichen Argumenten. Und die Gegnerschaft des bürgerlichen Staates zeigt sich am besten darin, daß Bebel 56 Monate seines Lebens im Gefängnis zubringen mußte. Alle Verleumdungen der Gegner sind zu Schanden geworden an der unbestechlichen, grundehrlichen Natur Bebels. Die Ehrung, die dem toten Bebel jetzt von der gegnerischen Presse und den politischen Gegnern kommt, beweist aber auch, daß man sich des Gefühls nur schwer erwehren kann: Mit Bebel ist einer der größten Männer dahingegangen, die Deutschland je besessen hat.

Der Beste unter uns ist nicht mehr.

Wir senken die Fahnen vor dem großen Führer. Sein unerschütterlicher Kampfesmut aber soll auch uns beselen und mit dem jungen Dichter J. Vuitpold sagen wir:

Einer hat durch schweren Schatten
Sich in's Hell der Welt gerungen
Einer ist aus bangen Tiefen
Auf zu froher Schau gezogen.

Daß wir kleinlich ihn bestaunen,
Darum blüht kein Baum der Erden.
Wollen wir das Große fühlen,
Müssen wir ihm ähnlich werden.

Die Krise im Erwerbsleben.

Durch die kriegerischen Ereignisse der letzten Monate, die sich in der Südostseite Europas, dem politischen Wetterwinkel der alten Welt, abspielten, trat in allen Zweigen der Industrien, der dem Kriegsherd benachbarten Industrieländer, ein Stöcken im Absatz der erzeugten Produkte ein. Allerdings in dem „Industriezweig“, dessen Produkte dem Menschenmord dienen, dem Kriegsmaterial, konnte die Nachfrage nur unter intensiver Anspannung aller Produktivkräfte befriedigt werden.

Die Unsicherheit der politischen Verhältnisse, deren erste Anzeichen sich in Deutschland und den benachbarten Großstaaten durch bedeutende Kursstürze der Handelsbörsen und durch einen Run der Kleinparer auf die Sparkassen bemerkbar machten, führten nicht nur zur Verschlechterung der Absatzmöglichkeiten für Industrieerzeugnisse, sondern auch naturgemäß zur Einschränkung der industriellen Produktion. Der Verband des Stahlwerkverbandes z. B. ging im Juli d. J. um rund 100 000 Tonnen gegen den Vormonat zurück (von 601 000 auf 505 000 Tonnen).

Als natürliche Begleitererscheinung dieser Stöckung im Absatz der erzeugten Produkte und der Einstellung der Produktion zeigt sich zurzeit in Deutschland eine Arbeitslosigkeit, von der man noch nicht weiß, welchen Umfang sie im Winter annehmen und wann sie sich dem alten Niveau wieder einfügen wird. — In Berlin wurden kürzlich allein zirka 50 000 Arbeitslose gezählt.

Fast steht jedenfalls, daß die Klagen und Notrufe über die Arbeitslosigkeit aus allen Teilen des Reiches nur als Vorboten einer katastrophalen Erschütterung des Erwerbslebens zu betrachten sind, und daß der normale Stand der Arbeitslosigkeit erst nach Jahren erreicht sein wird. Diese Annahme wird durch das Ergebnis der letzten Arbeitslosenabzählung vom Jahre 1895 bewiesen, nach welcher ziemlich 600 000 Arbeitslose gezählt wurden, trotzdem die Krise, welche im Anfang der neunziger Jahre einsetzte, zu einem guten Teil bereits überwunden war.

Zurzeit mehren sich denn auch die Stimmen, welche auf die wachsende Gefahr der Arbeitslosigkeit des kommenden Winters hinweisen. In den Veröffentlichungen der Krankenkassen, Landesversicherungsanstalten, des Kaiserlichen Statistischen Amtes, der Arbeitsnachweise und der Gewerkschaften wird die Situation des Arbeitsmarktes grell beleuchtet.

Nach dem „Reichs-Arbeitsblatt“, Nr. 7, war die Lage des gewerblichen Arbeitsmarktes im Monat Juli im allgemeinen noch ausreichend (?), doch ergab sich im Vergleich zum Vormonat eine gewisse Verschlechterung.

Als ausreichend wird vom Kaiserlich Statistischen Amt angesehen, wenn auf 100 offene Stellen im Reiche 168 Arbeitsgesuche kommen. Ausreichend ist die Lage des Arbeitsmarktes allerdings nur für den Arbeitgeber, weil ein bedeutend stärkeres Angebot auf dem Arbeitsmarkt eine peinlich genaue Auswahl der Arbeitskräfte ermöglicht. Es gibt dann zahlreiche Arbeitskräfte, die dem Druck der Verhältnisse nachgebend, unter den tariflichen oder den sonst allgemein üblichen Bedingungen zu arbeiten bereit sind.

Nach der Berliner Arbeitsnachweistatistik kamen im Monat Juni auf 100 offene Stellen sogar 176 Arbeitsgesuche. Der Verband Märklischer Arbeitsnachweise berichtet über die Lage des Arbeitsmarktes in Berlin und in der Provinz Brandenburg folgendes:

„Der auf dem Arbeitsmarkte lagernde Druck hält noch überall an. Eine Aussicht auf Besserung ist solange nicht vorhanden, als die Lage im Baugewerbe und in der Holzindustrie so ungünstig bleibt wie zurzeit. In Groß-Berlin wie in der Provinz ist der Arbeitsmarkt gegenüber dem Vormonat nicht besser, sondern vielfach noch schlechter geworden.“

Wie stark die Zahl der Arbeitslosen von Monat zu Monat steigt, ergibt sich nach dem „Reichs-Arbeitsblatt“ aus den Berichten der Krankenkassen. Um rund 40 000 Versicherungs-pflichtige gingen die Mitgliederzahlen von 3480

berichtenden Krankenkassen zurück, eine Zahl, die bedeutend höher bewertet werden muß, wenn man berücksichtigt, daß zwei Fünftel aller vorhandenen Klassen Deutschlands berichtet haben und ein sehr hoher Prozentsatz der Versicherungspflichtigen bei Einstellung ihrer gewerblichen Tätigkeit die Mitgliedschaft zu einer Krankenkasse aus berechtigten Gründen aufrechterhält. In Berlin verminderte sich die Mitgliederzahl der Krankenkassen allein im Monat Juni um rund 15 000 Personen. Es kann auch die Notiz des „Vorwärts“ vom 3. August d. J. als durchaus zutreffend bezeichnet werden, wonach im Monat Juni von der Landesversicherungsanstalt Berlin 53 000 Markenbeiträge weniger vereinmahnt wurden als im Monat Juni des Vorjahres.

Im Gegensatz hierzu steht die Statistik des „Reichs-Arbeitsblattes“, Nr. 7, über die Einnahmen der Landesversicherungsanstalten aus dem Verkauf von Versicherungsmarken. Für die Landesversicherungsanstalt Berlin wird dort für das zweite Vierteljahr 1913 eine Mehreinnahme gegenüber dem zweiten Vierteljahr 1912 im Betrage von 19 364 Mk. verzeichnet. Unter Berücksichtigung des Umstandes, daß ein großer Teil der Unternehmer mit dem Ableben der Beitragsmarken im Rückstande ist und diese unbequeme Pflicht erst kurz vorher erledigt, wenn dem aus der Beschäftigung tretenden Versicherungspflichtigen die Marke ausgehändigt wird, kann diese Mehreinnahme mit der Mehranforderung noch zu flebender Beitragsmarken erklärt werden und damit auch indirekt der Beweis für zunehmende Arbeiterentlassungen erbracht werden.

Einen tiefen Einblick in die wirtschaftliche Lage gibt der neueste Geschäftsbericht der Sparkasse der Stadt Berlin. In der zweiten Hälfte des Geschäftsjahres 1912/13, Oktober bis März 1913, wurden nur 33 Millionen Mark eingezahlt, denen 47 Millionen Mark Auszahlung gegenüberstanden. Den Aufwand der Auszahlungen hält der Monat Februar 1913 mit 10½ Millionen Mark. Die Einzahlungen im Monat Februar betragen nur 5¼ Millionen Mark.

Eine noch weit eindringlichere Sprache reden die Veröffentlichungen der Gewerkschaften über die Arbeitslosigkeit. Speziell die Lage der Berliner Holzarbeiter ist verzweifelt. 5000 Angehörige dieses Berufes sind durch die wirtschaftliche Krise zum unfreiwilligen Feiern gezwungen. Die Möbeltischler, die sonst nicht länger als drei Wochen arbeitslos waren, müssen jetzt 8 bis 12 Wochen im Arbeitsnachweis auf Arbeit warten. Noch betrieblender gestaltet sich das Bild bei den Bautischlern. Nach 12 bis 16 Wochen Arbeitslosigkeit auf 6 Wochen Arbeit zu erhalten, wird in dieser Branche zurzeit bemundert. Der Deutsche Holzarbeiterverband zahlt schon seit langer Zeit wöchentlich 18 000 bis 20 000 Mk. Arbeitslosenunterstützung aus. Zur 2. Quartal dieses Jahres sind die gesamten Einnahmen verbraucht und 112 000 Mk. Guthaben von der Bank abgehoben worden. Eine Arbeitslosenabzählung im Deutschen Textilarbeiterverband hat ergeben, daß im 2. Quartal 1913 5053 Mitglieder arbeitslos waren. Die Dauer der Arbeitslosigkeit betrug insgesamt 73 726 Tage. Im 2. Quartal 1912 waren 3375 Mitglieder ohne Beschäftigung und die Zeitdauer betrug nur 36 994 Tage.

Ähnlich liegen die Verhältnisse in Frankfurt a. M., Nürnberg, München und vielen anderen, speziell südwestdeutschen Industriestädten. Sogar zu Demonstrationen der Arbeitslosen ist es in den letzten Wochen schon gekommen. Im Fall Breslau richtete sich die Demonstration gegen den Magistrat und für die Einführung einer kommunalen Arbeitslosenversicherung. Bei der Demonstration der Holzarbeiter in Berlin richtete sich die Veranstaltung der Arbeitslosen, aus Verleumdung der Situation, bedauerlicherweise zu einem guten Teil gegen die eigene örtliche Leitung des Verbandes. In Breslau führte die Demonstration zu einem Erfolg für die Arbeitslosen, indem der Magistrat die Ausführung von Notstandsarbeiten zusagte.

Berichte über Selbstmorde, deren Motive Arbeitslosigkeit bildet, füllen tagtäglich die Spalten der Tageszeitungen.

Eine Krise im Erwerbsleben besteht, ihr Dasein wird niemand ernstlich bestreiten wollen. Die kriegerischen Ereignisse der letzten Monate sind selbstverständlich nur eine von den vielen Ursachen, welche diese Krise begünstigt haben. Die bestehende Arbeitslosigkeit, die sich nicht nur auf einzelne Berufe erstreckt, sondern in allen Zweigen des Erwerbslebens in verstärktem Maße auftritt, ist kein lokaler Mißstand, sondern eine über Deutschland und die benachbarten Industrieländer verbreitete Begleitererscheinung der kapitalistischen Produktion.

Zu dieser Produktionsweise, die sich auf die Trennung des Arbeiters von den Produktionsmitteln gründet, kommt als weitere Ursache der Arbeitslosigkeit die technische Entwicklung der Industrie, die keinen Stillstand kennt, die ständig fortschreitet und die sich der Unternehmer und Fabrikant zunutze macht, da sie für ihn eine Verringerung von der Inanspruchnahme der menschlichen Arbeitskraft bedeutet.

Die technische Entwicklung in allen Industriezweigen macht unausgesetzt eine Zahl von Arbeitskräften überzählig, die nicht immer und überall ausgeglichen wird durch Verbilligung oder Vervollkommnung der Produkte und den damit vermehrten Absatz. Sobald ein Stöcken im Absatz der erzeugten Produkte eintritt und die Produktion zum Teil eingestellt wird, schwillt die industrielle Reservearmee gewaltig an. Verstärkt wird die Arbeitslosigkeit durch die politische Situation, die eine weitere Einschränkung der Produktion im Gefolge hat. Schuld an dieser politischen Situation, in der sich Europa seit einigen Jahren befindet, ist die Sucht des Großkapitals, ohne viel Inkosten neue Produktionsmittel zu erwerben und das Bestreben der Staaten, sich auf Kosten anderer Völker auszudehnen.

Hauptschuldig an dieser überaus traurigen Lage, in der sich die deutsche Arbeiterchaft zurzeit befindet, ist die Reichsregierung, weil sie dem Kapital das Privateigentum an den Produktionsmitteln gesichert hat, weil sie die kapitalistische Produktionsweise begünstigt und weil ihr Streben nach der Welt Herrschaft diese ungünstige Lage, in der das Erwerbsleben stockt, mitgeschaffen hat.

Die Reichsregierung ist demnach in erster Linie für die Arbeitslosigkeit verantwortlich zu machen. Von der Reichsregierung muß die Arbeiterchaft verlangen, daß sie sofort etwas zur Linderung der Not der Arbeitslosen unternimmt und bei Zusammentritt des Reichsparlamentes ein Gesetz zur Unterstützung Arbeitsloser einbringt. In die Regierungskreise scheint die Frage der Arbeitslosigkeit indessen noch nicht gedrungen zu sein. Dort erholt man sich von den Strapazen des Sommerurlaubs und bringt dieser „Materie des Plebs“ wenig Interesse entgegen. Wenigstens ist der Initiativantrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die reichsgeflechte Regelung der Arbeitslosenversicherung durch Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln an die Arbeitslosenkassen der Gewerkschaften zur Einführung zu bringen, noch nicht zur Beratung gestellt.

Die „Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ hat an die größeren Bundesstaaten und Gemeinden ein Schreiben gerichtet, worin die Lage des Arbeitsmarktes geschildert, auf die verschärfte Situation der Wintermonate hingewiesen und um baldige Bereitstellung geplanter Arbeiten erjudt wird.

Nur wenige größere Städte (wie zum Beispiel Nürnberg, Frankfurt a. M., Fürth, Eßlingen) haben Summen zur Ausführung von städtischen Bauten zur Verfügung gestellt und dies auch erst auf Drängen der sozialdemokratischen Gemeindevertreter. Wenn Zehntel dieser Summen verschlingen Material-, Verwaltungs- und Unternehmergewinn und nur wenigen Bränden der Arbeitslosen des Rauberufes wird damit für einige Wochen geholfen.

Betrachtet man die ungenügenden Maßnahmen des Staates und der Kommunen gegenüber den Summen,

welche die freien Gewerkschaften in einem Jahre an Arbeitslosenunterstützung gezahlt haben, so muß zugegeben werden, daß die Arbeiterchaft mit dieser Unterstützungs- zahlung Kulturaufgaben von immensem Wert leistet, die zu erfüllen erste Aufgabe des Reiches wäre. Allein im Jahre 1911, als die Arbeitslosigkeit sich in normalen Bahnen bewegte, wurden durch die freien Gewerkschaften über 6 000 000 Mk. Arbeitslosenunterstützung gezahlt.

Die Notwendigkeit, von Staats wegen einzugreifen, hat der Prinzregent Ludwig von Bayern unter dem 27. Juli dieses Jahres durch folgendes Handschreiben an den Minister des Innern Freiherrn v. Soden anerkannt.

„Mit selbhaftem Bedauern habe ich Ihrem Bericht entnommen, daß die mir von verschiedenen Seiten zugegangenen Mitteilungen über die herrschende Arbeitslosigkeit leider zutreffend sind. Ich habe aus dem Bericht aber auch mit Befriedigung ersehen, daß bereits Anordnungen zur Schaffung von Arbeitsgelegenheit getroffen sind, und daß sonstige Maßnahmen, darunter die viel erörterte Frage der Arbeitslosenversicherung in den Kreis der Erwägungen gezogen wurden. Durchdrungen von der Wichtigkeit der Sache und von dem Wunsche nach tunlichster Abhilfe beauftrage ich Sie, der Arbeitslosenfürsorge auch ferner volle Aufmerksamkeit zuzuwenden, alle geeigneten Maßnahmen im Benehmen mit den übrigen beteiligten Staatsministerien einzuleiten und mir von Zeit zu Zeit Bericht zu erstatten.“

Hoffentlich gelangt die Frage der Arbeitslosenversicherung nunmehr in Bayern und anderswo über den Kreis der Erwägungen hinaus, in das Gebiet der Praxis.

Daß die Forderung des Stuttgarter Gewerkschaftskongresses vom Jahre 1902, welche es als Pflicht von Reich, Staat und Gemeinde erachtet, Arbeitern bei Arbeitslosigkeit Unterstützung zu gewähren, reichsgefleht und auch von Kommunen durchführbar ist, dafür sind zahlreiche Beweise vorhanden. England, Frankreich, Norwegen, Dänemark, die Schweiz, belgische und auch einige deutsche Gemeinden, darunter Städte, wie Stuttgart, Straßburg, Mannheim und Schöneberg, haben die Versicherung der Arbeitslosen als soziale Pflicht aufgefaßt, sie eingeführt, und überall sind gute Erfahrungen damit gemacht worden.

Die Reichsregierung kann heute unter diesen Umständen nicht mehr mit dem Einwand vom Jahre 1906 kommen, daß die Frage der Arbeitslosenversicherung noch nicht reif sei. Diese Frage ist reif, überreif. Es bedarf nur eines energischen Anstoßes der Vertreter der Arbeiterchaft im Reichstag, den Landtagen und den kommunalen Körperschaften, um sie der Verwirklichung näher zu bringen.

Die bald einiekenden Tagungen der Parlamente, der staatlichen sowohl wie der kommunalen, bieten die beste Gelegenheit, die Ursachen der Krise im Erwerbsleben, die für Hunderttausende fleißiger Arbeiter nurummer, Not und Elend im Gefolge hat, in ihrer ganzen Breite aufzurollen.

Liberalen und Zentrum haben in dieser Frage Gelegenheit, ihre „Arbeiterfreundlichkeit“ in die Tat umzusetzen. Bereits in der Frankfurter Nationalversammlung 1849 hatten die Liberalen in dieser Frage Anträge gestellt. Es wird gut sein, sie auf diese Anträge hinzuweisen und ihnen besonders den Verbesserungsantrag Simon ins Gedächtnis zurückzurufen: „daß dem unfreiwilligen Arbeitslosen der Staat und die Gemeinde Unterhalt gewähren muß“.

Wird mit der Unterstützung der Arbeitslosen auch nicht die Ursache der Arbeitslosigkeit beseitigt, so werden doch die durch eine verkehrte Wirtschaftspolitik zum unfreiwilligen Feiern gezwungenen Arbeiter vor der allergrößten Not geschützt.

Der Kampf gegen die Hauptschuldigen der Arbeitslosigkeit, dem Kapitalismus und Imperialismus, muß von der organisierten Arbeiterchaft in dem Bewußtsein weitergeführt werden, daß zähe, unermüdbliche Aufklärungsarbeit uns stark genug macht, diese beiden gewaltigen Gegner zur Strecke zu bringen.

W. Lippert

Dienstschmerzen der Nürnberger Feuerwehr.

Mit der folgenden Darstellung soll unseren Lesern und dem Statmagistrat Nürnberg gezeigt werden, unter welchen Verhältnissen die Feuerwehr ihren Dienst verrichtet, um ein Urteil über die Unhaltbarkeit des jetzigen Zustandes abgeben zu können.

Wer die Verhältnisse des zurzeit bestehenden Dienstes der städtischen Feuerwehr kennt, wird sich nicht wundern, daß hier die große Oeffentlichkeit interessiert werden soll. Der jetzt bestehende Dienst wurde ab 1. April 1913 wie folgt eingeführt: 48 Stunden Dienst auf Feuerwache, 24 Stunden frei. Die 48 Stunden auf Feuerwache sind folgendermaßen eingeteilt: Erster Tag früh 6 Uhr wird ausgezogen, bis abends 6 Uhr Werkstattarbeit und Exerzierien mit den üblichen Vesperzeiten. Es muß also der Feuerwehrmann untertags dieselbe Arbeit leisten wie jeder andere städtische Arbeiter, als Schmied, Schlosser, Zimmermann oder Helfer, auch werden alle Arbeitsstunden genau so berechnet. Von 6 bis 10 Uhr soll die Mannschaft nach neuester Vorschrift wach bleiben. Von 10 Uhr abends bis früh 6 Uhr muß immer ein anderer eine Stunde Posten stehen und Kontrolluhren stecken. Von einem wirklichen Schlaf kann keine Rede sein, da der Mann mit den Kleidern im Bett liegt, jederzeit alarmbereit sein muß und stündlich durch den Postenwechsel gestört wird. Früh 5 Uhr aufstehen, bis 8 Uhr Reinigungsdienst. Nun kommt der zweite Tag, der 48-Stunden-Dienst: Früh 6 bis 1/7 Uhr Kaffeepause, 1/7 Uhr bis den anderen Tag früh 6 Uhr wie die ersten 24 Stunden. Dabei soll während der Arbeitszeit geschuftet werden wie in einer Fabrik, und nicht selten hört man die Worte: „Die Arbeit muß heute noch fertig werden, es ist kein Geld mehr da, wir bekommen keine Arbeit mehr“ usw. Außerdem aber stamm im Dienst wie ein Rekrut. So der 48-Stunden-Dienst auf Feuerwache. Man kann sich denken, daß es schier unmöglich ist, bei Unfall oder Ausbruch eines Feuers mit vollen Kräften dem entgegenzutreten zu können. Wir wollen nur einen Fall annehmen: Ein Schmied z. B. hat 9 1/2 Stunden am Feuer gearbeitet, muß nachts bei einem Großfeuer ein paar Stunden mit Löschen, den anderen Tag (ohne Schlaf) wieder 9 1/2 Stunden am Schmeldeamboss stehen und die zweite Nacht bricht unglücklicherweise wieder Feuer aus, so schläft ja der Mann auf dem Fahrzeug oder am Brandplatz ein, und dieser Mann soll mit eigener Lebensgefahr Menschen aus Feuersnot retten?

Der dritte Tag soll nun frei sein. Er ist es aber nur soweit, als die Leute nicht zu Sicherheits- und Theaterwachen gebraucht

werden, die sich oft auf 3, 6 bis 10 Stunden erstrecken. Am nächsten Tag geht der 48-Stunden-Dienst von vorn los, und so kommt es nicht selten vor, daß ein Mann 5 bis 7 Tage gar nicht oder nur wenige Stunden aus den Kleidern kommt. An ein geordnetes Familienleben ist bei dieser Einteilung nicht zu denken, denn nicht nur der Mann ist immer im Dienst, sondern auch die Frau ist immer unterwegs, um Essen und Kaffee zu bringen. Schmerzlicher ist es noch wo Kinder vorhanden sind, da der Mittagstisch nur alle drei Tage gemeinsam eingenommen werden kann und außerdem kolossale Mehrausgaben entstehen. Sollte sich noch eine Krankheit in die Familie einschleichen, so ist ohne fremde Hilfe eine Verstädnigung unmöglich. Das zeigt gewiß die Unhaltbarkeit der aus der Sklavenezeit stammenden Diensterteilung. Selbst diejenigen, die wirklich einen freien Tag haben und diesen, wie jeder andere, als ihren freien Sonntag genießen wollen, kommen nur wenig Zeit aus der Kleidung. Es ist vollkommen ausgeschlossen, daß ein Feuerwehrmann einmal zu Ostern, Pfingsten oder Weihnachten zwei Feiertage hintereinander frei hat, er hat immer einen Dienst, es sei denn, er ist krank oder hat seinen Urlaub. Der Branddirektor Sandberg sagte zur Mannschaft, dieser Dienst müsse eben gewöhnt werden, andere Städte haben es auch so. Mit dem „Gewöhnen“ wird es gehen wie mit dem Schimmel: als ihm sein Herr das Fressen abgewöhnt hatte, war er verhungert. Daß andere Städte auch diesen Dienst haben, ist auch nicht richtig. Selbst in Städten, wo noch 48stündiger Dienst herrscht, ohne Arbeitsleistung, denkt man daran, diesen als rückständig und veraltet abzuschaffen. Es gibt auch Städte, die den 48stündigen Wachdienst ohne Arbeitsleistung abgeschafft und den 24- bzw. 36stündigen Wachdienst eingeführt haben. Wir nennen als nächste nur München und Augsburg. Es wird sehr wenige städtische Arbeiter oder Beamten in deutschen Städten geben, die nach 8, 12 oder 24 Stunden Dienst nicht frei bekommen. Wer nun glaubt, der Dienst müsse „gewöhnt“ werden, oder es sei nicht schwer, ihn auszuführen, kennt die Verhältnisse der Stadt Nürnberg noch nicht. Es heißt öfter: „Arbeitet nur nach Skablone, so haben es meine Vorfahren gemacht, so mache ich es auch.“ Dieses zeugt von Rastlosigkeit, aber nicht von Fortschritt. Für Leute, die selbst in den Mauern der Feuerwachen wohnen, ist der Dienst freilich nicht so schwer, denn sie sind ja jederzeit zu Hause bei ihrer Familie.

Wie sieht es nun mit den Rechten der Feuerwehrleute im Verhältnis zu ihrem Dienst? Sie werden doppelt ausgenützt als Arbeiter und Feuerwehrleute, werden aber nur einmal bezahlt.

Aus Bebels Reden und Schriften.

Ueber die Gewerkschaften.

„Es gab eine Zeit, wo man sich über die Zweckmäßigkeit der Gewerkschaften innerhalb der Partei lebhaft stritt; auch heute noch sind einzelne der Meinung, diese sei ganz nebensächlich, man sollte sie doch nach Möglichkeit beiseite legen, die gewerkschaftliche Organisation behindere die politische, sie absorbiere eine Masse von Mitteln und Kräften, welche der politischen entzogen würden, auch angesichts der durch verunglückte Streike verursachten Schäden dürfe man sich nicht darauf einlassen. Die immense Majorität der Partei hat indes die gewerkschaftliche Organisation für notwendig gehalten, nicht bloß für die Entwicklung der Partei, sondern auch für die Führung des Kampfes gegen die bestehende Ordnung der Dinge.“

Ueber den Materialismus.

„Unter Materialismus und materialistischer Weltanschauung ist nicht die rohe Genußsucht, wie sie die heutige Bourgeoisie übt, und ihre wilde Sucht nach Gut und Geld zu verstehen, sondern die Anschauung, wonach die Materie die Grundursache alles Lebens und aller Bewegung ist, und wonach von den materiellen Existenzbedingungen die Fortentwicklung der Wesen, also auch des Menschen und der Menschheit abhängt.“

Bebel über sich selbst.

„Ich stehe über vier Jahrzehnte im politischen Kampf; ich war nicht immer Sozialist und habe eine Zeitlang den Sozialismus ebenso eifrig bekämpft, wie ich ihn dann propagiert habe. Aber meine Ehre ist bis zu dieser Stunde niemals auch nur mit dem kleinsten Restfleckchen beschmutzt worden. Und nun will ich denen,

die es angeht, ein Geheimnis verraten, wenn es ein Geheimnis ist. Da sagen die Gegner immer, der alte Bebel, da ist nichts zu machen, der hat die Massen hinter sich. Ja, warum hat er denn die Massen hinter sich? Weil alle sich sagen müssen, er hat manchen Schwupper hinter sich, manche Dummheit gemacht, manchmal durch sein Temperament sich hinreihen lassen, aber auch in seiner Dummheit war er stets der ehrliche Mann. Ja, auch mit seinen Fehlern hat er geglaubt, der Partei zu dienen, und antippen kann man ihn nicht. Und wenn ihr, die das angeht, denselben Einfluß haben wollt, dann macht es wie ich. Es tut mir leid, daß ich diese ruhmredigen Worte — so wird es vielleicht in der gegnerischen Presse ausgelegt werden — aussprechen muß. Aber wenn man so Gegenstand persönlicher Angriffe war und noch ist wie ich, dann muß ich doch einmal sprechen und euch das Geheimnis des Bildes von Sais entschleiern und mitteilen, wieso es kommt, daß die Dinge so sind. Es steht deshalb so, weil ich zu jeder Zeit ehrlich den sozialdemokratischen Klassenstandpunkt vertreten habe, weil ich heute noch mit diesen Massen übereinstimme, aus denen ich hervorgegangen bin.“

Ueber den Terrorismus.

„Da schreien unsere Gegner über den Terrorismus der Sozialdemokratie! O, diese Heuchler! Niemand treibt schlimmeren Terrorismus als sie. Wieviel brave Parteigenossen habe ich im Lauf der Jahrzehnte am Terrorismus der Gegner verbluten sehen!“

Ueber die Frau und über die Ehe.

„Ich habe meine Ehe nie zu bereuen gehabt. Eine liebevollere, hingebendere, allzeit opferbereite Frau hätte ich nicht finden können. Leistete ich, was ich geleistet habe, so war dieses in erster Linie nur durch ihre unermüdete Pflege und Hilfsbereitschaft

Es ist nur soweit für sie geforgt, als sie städtische Arbeiter sind. Für ihren Dienst als Feuerwehrmann haben sie keine Versorgung, im Gegenteil, wird man als Feuerwehrmann dienstunfähig, so ist man auch als städtischer Arbeiter der Feuerwache übrig. Wenn man wirklich weiter beschäftigt wird, so ist das Backgeld sicher verloren, das jahrelang zum Verdienst gehörte. Diese Fälle sind ja jetzt schon zu verzeichnen. Wenn der Feuerwehrmann nur als Arbeiter beschäftigt wäre, würde er älter werden und sich eine höhere Versorgungsrente verdienen, so aber wird er schon in jungen Jahren dienstuntauglich, wo er noch keine oder nur eine kleine Rente beanspruchen kann. Hier muß vor allen Dingen rasch Wandel geschaffen werden.

Als der Prinzregent hier in Nürnberg weilte, bekam jeder Arbeiter und Beamte einen halben Tag frei; wer Dienst hatte, bekam diesen halben Tag später. Die Feuerwehr hatte zwar auch einen halben Tag arbeitsfrei, mußte aber dafür Feuerwach- und Reinigungsdienst verrichten. Warum die Magistratsbeisitzler für diese Leute nicht gelten, ist unbekannt. Ebenso steht es mit den Extranachern, die an den freien Tagen geleistet werden müssen. Früher wurden für 24 Stunden 7,50 Mk. bezahlt, jetzt nur noch 5 Mk. Das ist bei der teureren Zeit und den Wachverhältnissen schon mehr wie Krebsgang. Wohin die ganzen Maßnahmen führen, zeigt die Flucht der älteren Leute aus dem Feuerwehrdienst; wer einigermaßen Ertrag dafür hat, meidet den Dienst soweit er kann. Das dürfte für Nürnberg von sehr großer Bedeutung sein, denn bei der eigentümlichen Bauweise Nürnbergs, mit engen Straßen und Höfen, muß der Feuerwehrmann mehr wie in anderen Städten stadt-, fach- und sachkundig sein, wozu mehrere Jahre notwendig sind, um dem schwereren Dienst gerecht werden zu können.

Es ist bereits im vorigen Jahre und neuer wieder im Juni an den Magistrat ein ausführliches Gesuch eingelaufen, den Dienst den Leistungen und Verhältnissen der städtischen Arbeiter oder Beamten anzupassen. Bis jetzt ist keine Regelung eingetreten. Es erscheint daher notwendig, die Nürnberger Einwohner und Stadtverwaltung auf das Lebende aufmerksam zu machen. Nach dem letzten Bericht von der Sitzung des Gemeindefolkiums scheint Pranddirektor Sandberg sehr wenig Verständnis für die Nürnberger Verhältnisse zu haben, denn er glaubt bei dem geschulten Dienst noch Lohnersparungen machen zu können. Hoffentlich genügt die Darstellung der Verhältnisse, um die ganze Angelegenheit recht bald in Güte zu erledigen. Es ist notwendig, daß der Magistrat zur Erkenntnis kommt, welche wichtige Stütze die Feuerwehr für eine Gemeinde bedeutet.

möglich. Und sie hat viele schwere Tage, Monate und Jahre zu durchkosten gehabt. . . .

Das Denken der Menschen.

„Vorurteilslosigkeit ist das erste Erfordernis für die Erkenntnis der Wahrheit, und rücksichtsloses Aussprechen dessen, was ist und werden muß, führt allein zum Ziel.“

„Reinigungsverschiedenheiten wird es immer geben. Was würde das für eine langweilige Gesellschaft, wo sie nicht wären. Da wollte ich lieber morgen sterben oder gehe zu den Protokollen, von denen ich doch annehme, daß ich bei ihnen Opposition finden würde.“

„Beherrschen die Interessen der Menschen nicht auch ihre Gedanken? — Warum denken denn die bestimmten verschiedenen Schichten der Gesellschaft ganz verschieden? Warum urteilt die Bourgeoisie, warum urteilt der Handwerkerstand, warum urteilt der Arbeiterstand, ein Stand nach dem anderen, die eine Klasse über die andere total verschieden? Aus dem einfachen Grunde, weil ihre Lebensinteressen grundverschieden sind.“

„Es ist der erste und Hauptgrundsatz aller Unterdrückter, die Unterdrückten in der Unwissenheit zu erhalten.“

„Die auf dem Autoritätsglauben beruhende Geschichtsauffassung ist in einem ökonomisch unentwickelten und damit zusammenhängend geistig tieferen Gesellschaftszustand entstanden und sie wird heute gelehrt, gepflegt und begünstigt, weil sie eine Existenzbedingung für die Herrschenden ist. Mit dem Sturz des Autoritätsglaubens auf dem geschichtlichen Gebiet; mit der Anerkennung, daß es die Lebens- und Fortschrittsbedingungen der Menschheit im allgemeinen und jedes einzelnen Volkes im besonderen sind, die auch die po-

Notizen für Gasarbeiter

Umwälzung auf dem Düsseldorf Gaswerk. Bereits bei den vorjährigen Etatsberatungen war in dem Etatsentwurf für das Gaswerk eine Minderausgabe an Arbeiterlöhnen in der Höhe von 120 000 Mk. vorgesehen. Diese Minderausgabe soll durch technische Neuerungen in der Gasfabrikation erzielt werden. Die Löhne der Betriebsarbeiter, die 1912 226 000 Mk. betragen, sollen sich für 1913 nur auf 150 000 Mk. beziffern; also 76 000 Mk. weniger. Die Ausgaben für den Transport der Gaslohlen wurden von 65 000 Mark auf 35 000 Mk. verringert und die Arbeitslöhne beim Auktionsverkauf sollen ebenfalls von 80 000 Mk. auf 65 000 Mk. erniedrigen. Hieraus ist zu ersehen, daß eine große Anzahl Arbeiter im Betriebe überflüssig wird.

Die neuen Anlagen sind inzwischen fertiggestellt und sollen am 20. August dem Betrieb übergeben werden. In dem neuen Eisenhaus befinden sich 10 Vertikalöfen. Jeder Ofen hat 24 Retorten resp. 12 Doppelretorten. Die Tagesleistung der neuen Anlage ist auf 100 000 Kubikmeter in 24 Stunden berechnet. Wenn man nun in Betracht zieht, daß die Gasanlage bei kostenfrei gestellter Straßenbeleuchtung im Jahre 1912 einen Reingewinn von 1 475 000 Mk. bei 575 000 Mk. Abschreibungen erzielte und außerdem noch 100 000 Mk. für die weitere Einführung von Fernzündern zurüchstellte, dann sollte man annehmen, daß man auch dreizehnmal gedenken würde, die diese Werte geschaffen haben. Das ist aber weit gefehlt, gerade das Gegenteil trifft zu; ja, man versucht die schwer arbeitenden Betriebsarbeiter mehr und mehr auszubeuten. So will man eine Reihe Arbeiter sparen, indem nicht mehr wie bisher an den Vertikalöfen in drei Schichten, sondern nur in zwei Schichten gearbeitet wird, und zwar soll jede Schicht 14 Tage Tagsschicht und 14 Tage Nachtschicht verrichten. An den zehn neuen Öfen sollen auf jeder Schicht vier Mann, sage und schreibe vier Mann in zwei Molonnen arbeiten. Die Arbeitszeit wird für die Tagsschicht von morgens 6 Uhr bis mittags 2 Uhr und für die Nachtschicht von abends 6 Uhr bis morgens 2 Uhr festgesetzt. Von 2 bis 6 Uhr an beiden Schichten sind nur die Meister und Eisenhausaufsicher im Betriebe anwesend. Sie behalten also voraussichtlich das Dreischichtensystem. Die Schicht, vier Mann stark, hat also in acht Stunden 120 Retorten oder 60 Doppelretorten zu bedienen. Von dieser Arbeitsleistung und der auszuübenden Hitze kann sich nur der einen Begriff machen, der diese Arbeit schon selbst mit verrichtet hat. Mit Worten läßt sich dies gar nicht beschreiben. Die Arbeit an den Vertikalöfen zählt zu den gesundheitschädlichsten. Man muß sich vorstellen, auf jeder Molonne arbeiten nur zwei Mann. Einer entleert die Retorten und einer ist auf den Öfen mit dem Füllen der Retorten beschäftigt. Die Arbeiter, welche das Füllen der Retorten zu besorgen haben, kagen seit regelmäßig nach Beendigung der Schicht über heftige Kopfschmerzen, was auf das Einatmen des unreinen

litische Entwicklung bedingen, haben die Autoritäten ohne Ausnahme aufgehört, ist es mit dem Personenkultus zu Ende, das Volk nimmt seine Geschichte selbst in die Hand.“

„Alle (bürgerlichen Parteien) fürchten die Aufklärung der Massen wie Gift. Die kleinen Kreise bürgerlicher Aufklärer, die es mit ihrer Arbeit für die Bildung der Massen ehrlich meinen, haben keine Macht und Bedeutung, ihre Existenz bestatigt nur die Regel in dem herrschenden Zustand. Angesichts solcher Verhältnisse bleibt nur eines übrig. Die Organisationen der Arbeiterklasse müssen die Aufklärungsarbeit selbst in die Hand nehmen; sie müssen austreten, was die Schulen und die Kirchen der herrschenden Klassen und Gewalten an geistigem Unkraut in die Köpfe der Proletarier gepflanzt haben. Das ist keine leichte Arbeit. Aber es ist eine dankbare Arbeit, weil diese Aufklärungsarbeit dem Sehnen nach menschenwürdiger Stellung und höherer Erkenntnis entspricht und darum gierig von ihnen aufgenommen wird. Ein Lot Wahrheit vernichtet einen ganzen Zentner Dummheit. Daher wird die Wahrheit von den Herrschenden so gefürchtet und bekämpft.“

„Dem Eifer, mit dem Staat, Kirche und Gemeinde — in denen die besitzenden Klassen noch überall das Heil in der Hand haben — für die Rettung ihrer Herrschaftsstellung kämpfen, muß der zehnfache Eifer der unterdrückten und besitzlosen Klassen für ihre Befreiung entgegengeleitet werden.“

„Die Macht der Bourgeoisie beruht auf ihrem Gelde, auf ihren Millionen und Milliarden, aber die gewaltige Zahl der Köpfe gibt der Arbeiterklasse, sobald sie sich dieses Umstandes bewußt wird, ein so gewaltiges Hebergewicht, daß sie die Macht der Bourgeoisie, und haben sie Zehntausende von Millionen im Kassenstrahl, schließlich überwindet.“

Gas es zurückzuführen ist. Hierzu kommt die unerträgliche Hitze und der Wasserdampf von der Förderrinne, welcher ebenfalls nach oben zieht. Schon oft haben die Arbeiter gebeten, das Füllen der Retorten durch zwei Mann verrichten zu lassen, bisher vergebens. Wenn die Leute ihr Verlangen begründeten, dann wurde ihnen wie zum Hohn geantwortet: „Ihr müßt nicht mehr Gas schlucken als ihr vertragen könnt.“ Jeder Kommentar hierzu ist wohl überflüssig. Hierzu gefeilt sich noch die Gefahr des Verbrennens, welcher der Mann ausgesetzt ist. Sind die Retorten zu heiß oder es ist einmal etwas zu wenig Wasser in der Vorlage, dann entzündet sich das Gas, welches der Retorte entströmt, noch ehe der Arbeiter den Verschlussdeckel schließen kann. Wie leicht kann der Arbeiter auf dem Ofen verbrennen, ohne daß der andere Arbeiter, welcher unten beschäftigt, etwas davon merkt. Weiter kommt in Frage, daß die Verschlussdeckel mit der Zeit nicht mehr dicht schließen, auch hier könnte der zweite Mann helfend eingreifen, indem er diese Deckel verstemmt, denn der diesen undichten Verschlussdeckeln entweichende Dampf ist geradezu unerträglich. Also schon um die Unfallsgefahr zu verringern wäre es nötig, daß mit dem Füllen der Retorten nicht nur ein Mann, sondern zwei Mann betraut werden. Jedenfalls würde dies eine große Erleichterung für die Arbeiter bedeuten. Das gleiche trifft auf den unten an den Ofen tätigen Arbeiter zu.

Der Schichtwechsel für die Betriebsarbeiter wird erzielt, indem die Tagelöhner, nachdem sie zwei Wochen am Tage gearbeitet hat, am Sonnabendmittag 2 Uhr Arbeitsschluß hat und nach 52stündiger Pause am Montagabend die Nachtschicht antritt. Die Nachtschicht arbeitet ebenfalls zwei Wochen des Nachts, arbeitet auch Sonnabends und Sonntags nachts, wo die Tagelöhner 52 Stunden Pause hat, und hat am Montagmorgen 2 Uhr Arbeitsschluß und tritt Dienstag früh 6 Uhr die Tagelöhner an. Jede Schicht hat also alle zwei Wochen einmal 28 und einmal 52 Stunden Pause beim Schichtwechsel. Während der 52stündigen Pause arbeitet am Sonntag und Montag am Tage, also von 6 Uhr früh bis mittags 2 Uhr eine Ersatzschicht, gebildet aus Sozialarbeitern. Die zwölfstündigen Schichten, die man bisher beim Schichtwechsel noch hatte, sollen also für die Betriebsarbeiter der Vertikalöfen ganz in Wegfall kommen.

An den jetzt im Betrieb befindlichen Vertikalöfen soll, nachdem sie renoviert sind, dasselbe Arbeitssystem eingeführt werden. Gegenwärtig wird an diesen Öfen in drei Schichten zu je acht Stunden gearbeitet. Jede Schicht zählt zwei Arbeiter. Diese drei Schichten bzw. sechs Mann haben zusammen 140 Retorten in 24 Stunden zu bedienen. Für jede Schicht kommen also 46 bzw. 27 Retorten in Frage. In Zukunft sollen nur zwei Schichten je acht Stunden arbeiten; mithin hat in Zukunft jede Schicht in acht Stunden 70 Retorten zu bedienen. Man ersieht hieraus, daß die Verwaltung keineswegs daran denkt, Erleichterungen für die Arbeiter zu schaffen, sondern man versucht die Arbeitsleistung von 24 Stunden auf 16 Stunden zusammenzudrängen und die Ar-

beiter noch mehr auszunutzen als bisher. Die Arbeit, die bisher 6 Mann verrichten haben, sollen in Zukunft 4 Mann verrichten. Krasser kann wohl der Unternehmerstandpunkt in städtischen Betrieben überhaupt nicht gutage treten. Nun hat man ja wohl den Arbeitern versprochen, daß sie an den neuen Öfen nicht zu schlucken und keine Kohre zu bohren brauchen, während an den jetzt noch in Betrieb befindlichen Vertikalöfen auch in Zukunft das Schlucken von den Dienarbeitern verrichtet werden soll und das Bohren durch andere Arbeiter ausgeführt werden soll. Die Zukunft wird zeigen, wie das Versprechen gehalten wird. Aber auch dies ändert nichts an der Tatsache, daß man dem Bruder Arbeiter immer mehr aufzubürden versucht und möglichst hohe Gewinne aus den Knochen der Arbeiter herauszuschinden will.

Die Arbeiter vertreten nun ganz richtig den Standpunkt, daß bei dem neuen Arbeitssystem mehr Anforderungen an die Arbeiter gestellt werden, um mit weniger Mitteln mehr zu produzieren, also bedeutend höhere Gewinne erzielt werden. Es sei daher auch Aufgabe der Verwaltung, der Arbeiter zu gedanken und Erleichterungen für diese einzuführen. Da zeigt sich aber der Betriebsleiter in seiner ganzen Größe. Er meint, die Arbeiter hätten ja keinen Verdienst an den technischen Fortschritten in der Gasproduktion und läme diesen infolgedessen ein solcher auch nicht zu. Ob der Herr auch so denkt, wenn ihm aus Anlaß der zu erwartenden höheren Gewinne sein Gehalt eventuell aufgebessert werden soll. Er ist doch der Konstrukteur der neuen Ofenanlage auch nicht und hat infolgedessen auch kein Verdienst an der Erfindung. Für die Beamten liegen aber die Dinge nach der Ansicht des Betriebsleiters so, daß sich der Beamte, je länger er im Dienste ist, immer mehr ausbildet, also gewinnt, während der Arbeiter verliert, nämlich an Arbeitskraft. Dieses wird er wohl auch für sich in Anspruch nehmen, er ist ja Beamter, der für sich in Anspruch nimmt zu gewinnen.

Durch das neue Arbeitssystem werden, wie schon erwähnt, eine ganze Anzahl Arbeiter überflüssig, welche anderen Betrieben überwiesen werden sollen. Hier wäre es wohl angebracht, daß dafür gesorgt würde, daß diese Leute, die ihre Knochen jahrelang auf der Gasanstalt, also in städtischen Diensten, zu Markte getragen haben, ohne Lohnfözung überwiesen werden. Außerdem müssen mindestens die auf der Gasanstalt verbrachten Dienstjahre in Anrechnung gebracht werden. Sonst würden die Leute aller ihrer Rechte, wie Urlaub usw., verlustig geben, was die Verwaltung wohl nicht verlangen kann.

Außerdem kann für die auf dem Gaswerk bleibenden Arbeiter auch etwas geschehen. Es steht fest, daß die Verwaltung mit ihren Gasarbeiterlöhnen keineswegs auf der Höhe ist. Löhne von 5 Mk. bis 5,15 Mk. für Ofenarbeiter trifft man in Städten von der Größe Düsseldorf nur noch sehr wenig oder gar nicht. Dasselbe muß von den Sozialarbeiterlöhnen gesagt werden. Sie haben einen Höchstlohn von 4,40 Mk., während die der Lohnstapel unterstehenden Arbeiter bis zu 4,50 Mk. im Lohne steigen. Auch bei den in Ro-

„Die Menschen können alles, was sie wollen, aber um etwas wollen zu können, müssen sie einsehen, daß es notwendig ist, und die Einsicht kommt durch die Not. Die Christen sagen: Not lehrt beten. Wir Sozialisten sagen: Not lehrt denken.“

„Eine auf vollkommen demokratischer Gleichheit beruhende Gesellschaft kennt und duldet keine Unterdrückung. Nur die vollste Meinungsfreiheit ermöglicht den ununterbrochenen Fortschritt, der das Lebensprinzip der Gesellschaft ist.“

Vom Gange der Entwicklung.

„Immer hinter dem Ofen hocken, bei der Pflaue und dem Glas Bier, das ist ein elendes Gewerbe für einen aufrechten und intelligenten Mann. Für ihn gehört es sich, selbst einzugreifen und zu arbeiten und zu kämpfen für die höchsten Ziele der Menschheit, die zugleich die höchsten Ziele für ihn und seine Familie sind.“

„Es ist die Pflicht eines jeden Menschen, von dem Augenblick an, wo er die Fähigkeit eines selbständigen Urteils erlangt, sich um die öffentlichen Angelegenheiten zu kümmern, weil die ganze soziale Existenz, die ganze soziale Entwicklung der einzelnen in höherem Grade von den Einrichtungen und Zuständen abhängt, die der Gesamtheit der Gesellschaft eigen sind, als von seinem eigenen Wissen und eigener Tüchtigkeit, eigenem Können.“

„Eine soziale Bewegung, die in allen Kulturländern der Erde fortgesetzt und immer mehr sich ausbreitet, immer weitere Kreise in ihre Bestrebungen hineinzieht, sollte doch jedem denkenden Menschen von vornherein die Vermutung nahelegen: das kann doch nicht purer Zufall sein, das kann doch unmöglich das Werk einzelner Leute sein, die vielleicht aus Haß gegen den bestehenden Staat, die bestehende

Gesellschaft, die Reichen diese Ideen verbreiten und propagieren und durch die Macht ihrer Worte, durch ihre Beredsamkeit die Massen auf ihre Seite bringen. Denn dann müßte doch nichts leichter sein, als ebenfalls durch die Macht des Wortes, des gesprochenen wie des geschriebenen, dieser Bewegung entgegenzutreten und mit diesen Ideen endgültig aufzuräumen.“

„Die kapitalistische Wirtschaftsordnung ist der Boden, auf dem die Sozialdemokratie naturgemäß erwachsen mußte, genau so, wie auf einer gewissen Höhe der Entwicklung der feudalen Gesellschaft die bürgerliche Gesellschaft erwuchs, die teils auf ruhigerem, gesellschaftlichem Wege, teils auf gewalttätigem Wege die feudale Gesellschaftsordnung untergrub und zerschlug und die heutige bürgerliche Gesellschaftsordnung in allen ihren einzelnen Erscheinungen ins Leben rief. So gut als die heutige bürgerliche Gesellschaft erst das Produkt eines Entwicklungsganges ist, der innerhalb der alten feudalen Gesellschaft begann und sich zu immer höherer Vollendung entwickelte, so kommt aus dem weiteren Entwicklungsgang der bürgerlichen Gesellschaft das moderne Proletariat zum Klassenbewußtsein und strebt ebenfalls nach höherer Entwicklung und menschenwürdiger Stellung in der Gesellschaft, nach einer neuen Form der Gesellschaft, die begründet wird, weil sie in der naturgesetzlichen Entwicklung der Gesellschaft unausrottbar liegt.“

Die neue Gesellschaft.

„Wäre die bürgerliche Gesellschaft nicht so krank, so wäre dieser Bazillus Sozialdemokratie nicht vorhanden. Wo ein Bazillus existiert, da muß auch ein Nährboden für denselben vorhanden sein. Nun ist es ein bekanntes Mittel, um den Bazillus zu zerstören, seine Existenzbedingungen aufzuheben, indem man ihm den Nährboden entzieht, auf dem er gedeiht. Können Sie dem

natsgehalt tätigen Arbeitern und Angestellten bleibt viel zu wünschen übrig. Für diese Leute besteht nicht einmal eine Gehaltskala. Das Gehalt wird hier nach Gutdünken festgesetzt. Es sind dies Zustände, die einer Stadtverwaltung unwürdig sind.

Wir erhalten uns noch eine Anregung. Im Januar 1912 ließ die Verwaltung bei einer hiesigen Firma eine Anzahl Betten bestellen, die denen sehr ähnlich sind, die die Firma Klänge anlässlich des Mühlenarbeiterstreiks als Streikbrecherprüttschen anfertigen ließ. Diese Betten wurden vorerst in der Schule am Permannsplatz untergebracht. Nach der Fertigstellung des neuen Elektrizitätswerks hat man die Betten dort untergebracht. Den Arbeitern wird nun gesagt, die Betten seien für das neue Feuerwehrepoth in Klingern bestimmt. Das kann wohl nicht gut sein, denn dann hätte man die Prütschen nicht im vorigen Jahre anfertigen lassen und sie nicht erst in der oben erwähnten Schule unterbringen lassen. Auf diese Zweifel hin wird weiter berichtet, die Betten seien für Kriegszwecke bestimmt. Köse Jungen behaupten nun aber, die Betten seien seinerzeit angefertigt worden, weil man einen Streik der Gasarbeiter und der Arbeiter des Elektrizitätswerkes vermutete. Damit nun die Betten ihren Zweck erfüllen, wenn auch in anderer Art als vorgesehen, wäre es zweckmäßig, wenn die Direktion eine Umfrage unter den Arbeitern hielte, wer keine ausreichende Lagerstätte für die nächtliche Ruhe zu Hause hat. Es werden sich sicher eine ganze Anzahl Arbeiter melden. Diesen könnte man die Betten verleihen. Sie würden dann doch wenigstens zu etwas nützlich sein und nicht von den Motten zerfressen werden.

Aus dem Münchener Gaswerk. Im Münchener Gaswerk am Kirchstein gibt es wieder einmal eine kleine Revolution, wie das ja schon öfter der Fall war. Will nämlich einer der Herren Beamten seine besondere Nützlichkeit erweisen, um einen höheren Posten zu erlangen, so sucht er nach Missetäten, um sich nach oben hin bemerkbar zu machen. Das scheint gegenwärtig auf den Ingenieur Rauch des Gaswerkes am Kirchstein zuzutreffen, der gar zu gerne „Ober“ und damit Leiter des genannten Werkes werden möchte. Das heißt, wenn die Trauben nicht zu hoch hängen. Herr Ingenieur Rauch hat eine Reihe von „Missetäten“ entdeckt und beginnt nun mit deren Abschaffung; wobei zu sagen wäre, daß er mit diesen „Entdeckungen“ nahezu ein Jahrzehnt gebraucht hat, bis er zu seinen „Entdeckungen“ kam. Dabei soll aber gleich bemerkt sein, daß wohl die Direktion der städtischen Gasanstalt, oder wenn das nicht helfen sollte, der Magistrat selbst genötigt sein wird, die früheren Zustände wieder herzustellen. Herr Ingenieur Rauch verfügte vor allem die Abspernung des Lokales 1 und nötigte so die Leute, ihr mitgebrachtes Essen irgendwo in der Fabrik herumzustellen. Wollen sich die Arbeiter mittels Seife reinigen oder bei Regenwetter umziehen, so haben sie hierzu keine Möglichkeit. Auch die Wäber sollen stets verperrt sein. Bei der eigenartigen Anlage ist das Bad fast immer voll Dampf; die Ventilation geht überhaupt nicht und so muß wohl

alles verkaufen; nur damit ja kein Arbeiter eine Minute zu früh ins Bad kommt. Damit keine Rüstung vorgenommen werden kann, sind die Fenster noch extra mit Holzjäden versehen. Es kann doch verlangt werden, daß die Wäber durch Öffnen der Fenster und Türen entlüftet und dem Dampf die Möglichkeit zum Abzug gegeben wird, ehe die Arbeiter zum Baden kommen. Besonders notwendig scheint eine bessere Reinigung während des Sonntags. Aus Ersparnisgründen muß nämlich der Badewärter am Sonntag wegbleiben, so daß vier Schichtpartien das Bad benutzen müssen, ohne daß eine Reinigung erfolgt. Ein solches Verfahren schlägt aller Hygiene ins Gesicht. Auch die Kohlenabläder sollen nicht mehr im Aufenthaltstraum des nächsten Gashauses ihre Kaufen zubringen dürfen; diese sollen den weiten Weg zur Skantine machen und so nahezu die Hälfte ihrer freien Zeit einbüßen. Bisher war es auch üblich, daß sich die Gasarbeiter Essen mitbrachten und dies bei der Pause in den Gashäusern aufwärmten. Auch das ist nun verboten. Man soll doch auch den Arbeitern die Möglichkeit billiger Lebenshaltung nicht erschweren. Zu verlangen ist deshalb, daß in irgendeinem Raum durch Aufstellung eines großen Gasherdes Gelegenheit zur Aufwärmung des Essens gegeben wird. Bisher war es auch üblich, daß Frauen der weiter entfernt wohnenden Arbeiter das Mittagessen in die Fabrik brachten und sich dort so lange aufhielten, bis der Mann seine Mahlzeit beendet hatte. In einer früheren Arbeitsordnung war die Bestimmung enthalten, daß diese Frauen oder Kinder 10 Minuten vor Beginn der Arbeitszeit das Werk zu verlassen hatten. Jetzt ist nur noch gestattet, daß die Angehörigen das Essen bringen, sie müssen sich aber sofort wieder entfernen. Ob es gerade schön aussieht, wenn nachher im Betriebe eine Unmenge von Geschirr herumfliehet, ist allerdings eine andere Frage. Man hätte es wohl beim früheren Zustand belassen oder wenigstens $\frac{1}{2}$ Stunde für den Aufenthalt der Angehörigen gestatten können.

Die Arbeit in den Gasbetrieben ist sehr schmutzig, so daß eine gründliche Reinigung vor jeder Mahlzeit und insbesondere vor dem Verlassen der Fabrik dringend nötig ist. Infolgedessen ist wohl fast in allen Werken eine sogenannte Waschküche üblich; das heißt, einige Minuten vor Ende der Arbeitszeit können sich die Arbeiter reinigen. Auch das soll im Werk am Kirchstein befestigt werden. Es ist angeordnet, daß die Waschküche und Umkleekabinen nur mit dem Schluß der betreffenden Stunde geöffnet werden. Dadurch entfällt aber eine bedeutende Kürzung der Pausen, und die Arbeitererschaft ist wohl berechtigt zu verlangen, daß in gleicher Weise, wie im Werk an der Dachauer Straße, auch hier wenigstens fünf Minuten vor Arbeitschluss Gelegenheit zur Reinigung gegeben wird. Daß Herr Ingenieur Rauch im Kleinen recht groß sein kann, beweist auch die bezüglich der Abgabe von alkoholfreien Getränken getroffene Regelung. Die Bestrebungen, durch Abgabe von Tee und Kaffee den früher im Gaswerk üblichen Bierkonsum zu mindern, sind auch vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus nur zu unterstützen. Wenn man

Bazillus Sozialdemokratie den Nährboden, den er in der bürgerlichen Gesellschaft findet, entziehen, dann fällt die Sozialdemokratie von selbst. Sind Sie das nicht imstande, dann mögen Sie machen, was Sie wollen! Die Sozialdemokratie wird nicht nur bestehen bleiben, sie wird in demselben Maße wachsen, wie ihr Nährboden sich verbessert.“

„Wenn Sie der Sozialdemokratie, immer im Sinne des Bazillus, den Nährboden wegnehmen wollten, dann müßten Sie die ganze bürgerliche Gesellschaft, die moderne Produktionsweise, das ganze herrschende kapitalistische Produktionssystem aufgeben. Und da Sie das nicht können und nicht dürfen, weil Sie damit Ihre ganze materielle Existenz und Ihre Existenz als herrschende Klasse vernichten würden, so versteht es sich logischerweise ganz von selbst, daß, solange diese bürgerliche Gesellschaft existiert, auch die Sozialdemokratie existieren muß, und daß genau so, wie die erste sich entwickelt, sich auch die letztere entwickeln wird, bis sie schließlich die alles beherrschende Macht, bis sie der Fülle ist, der die ganze Gesellschaft überzogen hat und sie nun in seine Gewalt bekommt. Alsdann wird aus dem Verfall der alten Gesellschaft, da die Menschheit mit der bürgerlichen Gesellschaft nicht zugrunde geht, eine neue Gesellschaft, die sozialistische Gesellschaft entstehen.“

„Heute ist es in der Menschenwelt wie in der Pflanzenwelt. Millionen kostbarer Samentime gelangen nicht zur Entfaltung, weil der Boden, auf dem sie fallen, ungünstig ist oder bereits okkupiert wurde und so den jungen Pflänzlein Luft, Licht und Nahrung geraubt werden.“

„Was aus Menschen unter günstigen Entwicklungsbedingungen werden kann, sehen wir beispielsweise an Leonardo da Vinci, der ein ausgezeichneter Maler, berühmter Bildhauer, gesuchter Architekt

und Ingenieur, ein vortrefflicher Kriegsbaumeister, Musiker und Improvisator war. Benvenuto Cellini war ein berühmter Goldschmied, ausgezeichneter Modelleur, guter Bildhauer, anerkannter Kriegsbaumeister, vortrefflicher Soldat und tüchtiger Musiker. Abraham Lincoln war Holzfäller, Ackerbauer, Bootsmann, Ladengehilfe und Advokat, bis er den Präsidentenstuhl der Vereinigten Staaten bestieg. Man kann ohne Übertreibung sagen: die meisten Menschen haben einen Beruf, der ihren Fähigkeiten nicht entspricht, weil nicht freier Wille, sondern Zwang der Verhältnisse ihnen die Bahn anwies.“

„Der bestehende Gegensatz zwischen Kopfarbeit und Handarbeit, ein Gegensatz, den die herrschenden Klassen nach Möglichkeit verschärfen, um sich auch die geistigen Mittel zur Herrschaft zu sichern, wird aufgehoben werden müssen.“

„Sobald die Gesellschaft im Besitz aller Arbeitsmittel sich befindet, wird die Arbeitspflicht aller Arbeitsfähigen ohne Unterschied des Geschlechts Grundlag der sozialisierten Gesellschaft. Die Gesellschaft kann ohne Arbeit nicht existieren. Sie hat also das Recht, zu fordern, daß jeder, der seine Bedürfnisse befriedigen will, auch nach Maßgabe seiner körperlichen und geistigen Fähigkeiten an der Herstellung der Gegenstände zur Befriedigung der Bedürfnisse aller tätig ist.“

„Die auf voller Freiheit und demokratischer Einheit organisierte Arbeit, bei der einer für alle und alle für einen stehen, also die volle Solidarität herrscht, wird eine Schaffensfreude und einen Wettstreit erzeugen, wie sie in dem heutigen Wirtschaftssystem nirgends zu finden sind. Dieser gesellschaftsfreudige Geist wirkt aber auch auf die Produktivität der Arbeit ein.“

das aber will, so muß den Arbeitern Gelegenheit gegeben werden, von dieser Einrichtung Gebrauch zu machen. In der Kaffee- und Teeküche waren früher zwei Mann beschäftigt, die denn auch vollauf zu tun hatten. Auch hier wurde ein Mann beseitigt und außerdem angeordnet, daß Kaffee oder Tee nur von 4 bis 6 Uhr morgens und während der übrigen Pausen zu haben ist. Verboden ist aber — das ist eben das Unsinnige —, daß sich die Arbeiter solche Getränke mit an die Arbeitsstelle nehmen. Jedermann leuchtet nun ein, daß beispielsweise von 4 bis 6 Uhr, namentlich bei großer Hitze, ein Bedürfnis nach Getränken besteht, denn schließlich ist der Mensch kein Kamel, das sich auf Wochen hinaus mit Flüssigkeit verzehrt. Somit wird also der Zweck der Einrichtung durch die geniale Haltung des Betriebsingenieurs wieder beseitigt. Ganz abgesehen davon, daß ein Mann überhaupt nicht in der Lage ist, die Arbeiter abzuweilen. An Sonn- und Feiertagen hat der Kaffeeküche Bedienstete überhaupt weggelassen, wodurch natürlich allerlei Unzuträglichkeiten entstehen. Vor allem ist auch das ganze Trinkwasser im Gaswerk ungenießbar, weil man die Leitungen so gelegt hat, daß das Wasser temperiert und so zum Trinken ungeeignet wird.

Auch die Koffsfahrer haben eine neue Dienstankündigung erhalten, die sehr umfangreich ist und die Arbeiter jeden Augenblick in die Gefahr der Bestrafung bringt. Wenn man solche Vorschriften erläßt, so soll man auch im eigenen Betrieb auf Ordnung sehen. Vor allem nicht Kostsätze anschaffen, die in bezug auf ihre Form gar nicht gestatten, die Wagen so zu beladen, wie das vorgeschrieben wird. Zwar hat man eine sogenannte Koffshalle erbaut, die Säcke stehen aber doch wochenlang im Wert herum und die Folge ist, daß sehr oft die Säcke auf offener Straße zerreißen oder den Boden verlieren. Die Arbeiter sind also gezwungen, solche Säcke umzuleeren. So kann bei den Straßenpassanten leicht der Verdacht entstehen, daß hier unlautere Manipulation getrieben wird. Die Dienstankündigung sieht in einem solchen Fall Entlassung vor. Es gibt ja immerhin eine Sorte von Menschen, die überall Veruntreuung, Diebstahl und Betrug wittern und in solchen Fällen schleunigst die Gasanstalt antelephonieren. Wenn man also solche Vorschriften erläßt, so muß man auch solches Material beschaffen, damit Unzuträglichkeiten von vornherein ausgeschlossen sind.

Besondere Beschwerden werden auch bei den Kammeröfen erhoben. Infolge einer Karotte des Betriebsingenieurs muß dort die Arbeit von früh 5 Uhr bis mittags 1 Uhr geleistet werden; die Arbeiter werden also schon um 4 Uhr morgens aus dem Schlaf gerissen. In anderen Betrieben, z. B. beim Elektrizitätswerk, hat man den Arbeitsbeginn auf 7 Uhr morgens gelegt. Würde man nun halbwegs auch auf die Arbeiter Rücksicht nehmen, so könnte man auch im Gaswerk am Kirchstein um 7 Uhr oder doch wenigstens um 6 Uhr anfangen, denn bei der alle 24 Stunden zu erfolgenden Entladung der Kammeröfen ist es doch gleich, wann die Arbeit beginnt.

Anstatt die Arbeiter auf solche Art und Weise zu quälen und nach „Entdeckungen“ zu jagen, denen zweifellos eine Spitze gegen den bisherigen Betriebsleiter innewohnt, wäre es viel nützlicher, dem Ingenieur Rauch würde mehr Augenmerk dem Arbeiter ersuchen zu wenden. Gerade bei den Kammeröfen ist der Steigrohrreiniger fortgesetzt in Gefahr von einer Höhe von acht bis zehn Metern abzustürzen. Nicht der geringste Schutz ist vorhanden; die Anbringung eines Geländers oder Podiums ist deshalb dringend erforderlich. Solche Dinge nicht zu entdecken, sondern nur zu sehen, das wäre des Schweiges des Herrn Betriebsingenieurs wert. Den Arbeitern der Münchener städtischen Gaswerke wie auch der anderen Betriebe mögen diese fortgesetzten Missetaten ein Ansporn sein, den letzten Mann der Organisation zuzuführen. Wie man sieht, werden immer größere Anforderungen gestellt und durch den Umbau der Werke auch ein Teil der Arbeiter überflüssig. Es steht ja bereits fest, daß auch das Werk am Kirchstein von Grund auf modernisiert werden soll, und man wird selbstverständlich aus den Arbeitern herauszuholen versuchen, was nur irgendwie möglich ist. Schon heute werden die Arbeiter des Werkes dermaßen ausgehöhlet, daß stets eine überaus große Anzahl Krankmeldungen erfolgen. Die übliche Akkordarbeit, die zu der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit in einem merkwürdigen Gegensatz steht, müßte längst im Interesse der Arbeiter selbst beseitigt sein. Aufgabe der Arbeiter ist es, gerade die gewerkschaftlichen Gesichtspunkte mehr zu beachten und deren Durchföhrung durch engeren Zusammenschluß zu ermöglichen, um auf diese Art und Weise den Dingen, die da kommen sollen, ruhig entgegengehen zu können. Dann werden auch die Flügel des Herrn Ingenieurs Rauch nicht in den Himmel wachsen.

Frz. Sebalb.

♦ Aus unserer Bewegung ♦

Mittona. Die Versammlung vom 12. August nahm ein instruktives Referat über „Die Schwingung der Arbeiterbewegung“ vom Kollegen Riedel entgegen. Bei Erörterung der den Arbeiter-Ausschüssen für die nächste Zeit bevorstehenden Aufgaben wurde der erfolgten Lohnregelung Erwähnung getan und über unsere nächsten Forderungen debattiert. Die Versammlung erklärte ihr Einverständnis mit den Vorschlägen. Es soll eine plattformartige Agitation in Verbindung mit den für die nächste Zeit zu erledigenden Fragen in allen Betrieben erfolgen. Die weitere Erledigung dieser Angelegenheit wird den Vertrauensleuten überwiesen. Einige Klagen aus verschiedenen Betrieben wurden den zuständigen Ausschüssen zur weiteren Erledigung überwiesen.

Mugsburg. In der Mitgliederversammlung vom 10. August referierte Genosse Gänzel über: „Eine Waffe im proletarischen Klassenkampf.“ Der Referent erläuterte die Aufgabe und die Bedeutung der Presse für die Arbeiter. Der Redner forderte eindringlich auf, die gegnerische und die sogenannten parteilosen Zeitungen aus den Arbeiterwohnungen hinauszuerwerfen und die Arbeiterpresse zu abonnieren. Kollege Kallner gab den Kassenbericht vom 2. Quartal 1913. Die Einnahmen betragen 3058,39 M., die Ausgaben 504,34 M. An die Hauptkasse wurden in bar 1410,06 M. abgeführt, in Quittungen für Unterstützungen in Krankheitsfällen um 666,25 M. In der Filialkasse verbleiben 1172,49 M. Am Schluß des Quartals zählt die Filiale 351 Mitglieder.

Dortmund. Eine Versammlung der städtischen Arbeiter tagte am 10. d. Mts. bei Frage. Wie immer, wenn wir eine derartige Versammlung abhalten, fand sich auch diesmal wieder ein Kriminalbeamter ein, welcher der Versammlung fernwohnen wollte. Der den Beamten geschickt hatte, ließ sich nicht feststellen. Allen Anschein nach ist aber der Straßenmeister Holz wieder der Auftraggeber. Wir haben nun durchaus kein Interesse daran, unsere Verhandlungen geheim zu halten, im Gegenteil, wenn die Verwaltung einen der Wahrheit entsprechenden Bericht von der Kriminalpolizei erhält, kann uns dies nur recht sein, denn dann brauchen wir diesen Bericht nicht selbst zu machen und die Verwaltung wird von der Stimmung der Arbeiterschaft doch unterrichtet. Wir haben aber andererseits noch viel weniger Ursache, uns die wenigen Rechte, die uns das „liberale“ Reichsvereinsgesetz gelassen hat, von der Dortmunder Polizei noch mehr beschneiden zu lassen. Der anwesende Gauleiter als auch der Filialvorsitzende lehnten aus diesem Grunde die geplante polizeiliche Ueberwachung ab, worauf der Beamte nach längeren Auseinandersetzungen von dannen zog. Hierauf referierte Kollege Heine über: „Die Stadtverwaltung als Arbeitgeberin und die städtischen Arbeiter.“ Die Lohnangaben der letzten Jahre Revue passieren lassend, wies er nach, daß von den gestellten Forderungen nur wenige berücksichtigt wurden. Um auf diesem Gebiete weiter zu kommen, müsse mit allen zu Gebote stehenden Mitteln an den weiteren Ausbau der Organisation gearbeitet werden. Die Ausführungen fanden lebhaften Beifall. Mehrere Aufnahmen konnten gemacht werden. Besonders erziehen die säumigen Kollegen aus den fortgesetzten polizeilichen Besuchen in unseren Versammlungen, daß man unserer Bewegung mehr Beachtung schenkt, als mancher glaubt. Es ist deshalb Aufgabe eines jeden Kollegen für guten Versammlungsbesuch und weiteren Ausbau der Organisation zu sorgen.

Rödenik. Am 9. August tagte unsere Filialversammlung, die, trotzdem ein Vortrag des Gauleiters über „Soziale Wohltaten und städtische Arbeiter“ vorgesehen war, einen schlechten Besuch aufzuweisen hatte. Der Vortrag fand nicht statt. Der Vorsitzende gab nun einen Ueberblick über die Arbeiterauswahlgewahlen. Wahlberechtigt außer den Straßenbahnern waren 141. 66 Wähler haben gewählt, davon waren 68 weiße Stimmzettel abgegeben und 18 für die Kandidaten auf dem Elektrizitätswerk. Es müssen Neuwahlen stattfinden. Für die Kandidaten der Gasanstalt kommen folgende Kollegen in Frage: Innenbetrieb Dr. Eriakmann Schindow, Außenbetrieb Riedrich, Eriakmann Rosler. Für die weiteren Betriebe sollen die Kandidaten in Betriebsversammlungen aufgestellt werden. Die Wahlen finden am 18. August statt.

Leipzig. In der Versammlung vom 8. August sprach der Kollege Kuntner über „Tarifverträge und deren Bedeutung für die Gemeinbearbeiter“. Der Vortrag fand beifällige Aufnahme. Beschlossen wurde sodann, folgenden Antrag durch die Arbeiterauschüsse dem Rat zu unterbreiten: „Allen beim Räte der Stadt Leipzig beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen ist zum Zwecke der internationalen Paninadausstellung ein Tag unter Fortgewährung des Lohnes freizugeben.“ Die Versammlung war der Meinung, daß die Bedeutung und der Charakter der Ausstellung eine solche Maßnahme zur Vereinerung des Wissens auch der städtischen Arbeiterarbeit rechtfertige. Andererseits wurde aber der Antrag auch damit motiviert, daß das, was allen Beamten bisher in noch größerer Nähe gewährt sei, vom Standpunkte der Billigkeit auch der Arbeiterschaft dienlich sei und ihr nicht vorenthalten werden dürfe. Die Abrechnung vom 2. Quartal bilanziert in Einnahme

und Ausgabe mit 15 787,95 RM. An Unterhaltungen wurden ausbezahlt: In Sterbe- 160 RM, in Krankheits- 1157,75 RM, in Arbeitslosigkeitfällen 74 RM. Auf Antrag der Revisionen wird dem Kassierer einstimmig Entlassung erteilt. Unter Geschäftslidern wird bekannt gegeben, daß am 30. August eine Stadtlabpartie mit anschließendem Tanzabend in den Friedrichshallen und am 27. November ein Lichtbilderabend stattfindet.

Aus den Stadtparlamenten

Mühlhausen i. Gl. Die Frage der Gehalts- und Lohnverhältnisse an die hiesigen Arbeiter und Beamten wurde am 8. August d. J. in einer Sitzung der 1. Kommission des Gemeinderats behandelt. Mit dem 1. April d. J. sind die vom Gemeinderat bewilligten Teuerungszulagen in Weßzell gekommen und die für diese Zeit in Aussicht genommene Preissteigerungsform ist noch nicht erledigt. In Anbetracht dieser Sachlage hat die 1. Kommission den Bürgermeister ersucht, auf diesen Vorschlag bei den Beamten auf Antrag Gehaltsverhöfisse bis zu 100 RM, nur in außerordentlichen Fällen soll mehr als 100 RM. gewährt werden, bei den Arbeitern hingegen ohne Antrag Lohnverhöfisse von je 20 RM. zu gewähren. Letzterer Vorschlag entspricht dem Antrage des Arbeiterausschusses. Der Weg der Verhöfisse kann ohne Nachteil für die Verhöfisten gewählt werden, da der Gemeinderat in seiner ernenntenden Arbeit mit Ausnahme der „Anknüpfenden“. Die ankündigend gar nichts bewilligen wollen; entschlossen ist, der Lohnverhöhung nicht-wirksame Kraft bis 1. April 1913 zu geben. Es wäre genügt an der Zeit, daß diese Eingabe, welche schon im November 1912 zur Einreichung an die Stadtverwaltung gelangte, baldigt verabschiedet würde, was, wie wir zu hoffen wagen, in nächster Zeit erfolgt.

Aus den deutschen Gewerkschaften

Der Landarbeiterverband hat im Jahre 1912 eine weitere Steigerung seiner Mitgliederzahl von 15 696 auf 18 117 erfahren. Aus praktischen Gründen wurden eine Anzahl Ortsgruppen mit weniger als 10 Mitglieder aufgelöst und diese als Einzelmitglieder dem Gau überwiesen. Dadurch hat sich die Anzahl der Ortsgruppen verringert. Nicht allein die Mitgliederzunahme beweist den Fortschritt der Organisation, sondern auch die Gegenüberstellung der vereinnahmten Beiträge im Jahre 1912 zu denen 1911. Während 1911 an Monatsbeiträgen rund 60 000 RM. eingenommen wurden, betrug diese Einnahme im Jahre 1912 über 81 000 RM. Die Gesamteinnahmen der Organisation betragen 84 468 RM. Die Ausgaben 80 793 RM. Von den Gesamteinnahmen aus Eintrittsgeldern und Beiträgen wurden nicht weniger als 58 Proz. den Mitgliedern wiederum in Form von Unterbringung, Vierung der Zeitung usw. zurückgezahlt. Das wichtigste Gebiet der Verbandstätigkeit ist der Rechtschutz. Hierbei lernen die Agrarier den Wert der Landarbeiterorganisation am besten kennen, natürlich in einer für sie unangenehmen Weise. Ueber 1000 Rechtschutzfälle hatte der Verband im Jahre 1912 zu verzeichnen, wo zur Mlage geschritten werden mußte, konnten 50 Proz. der Fälle mit Erfolg für die Landarbeiter beendet werden. Aus alledem ist ersichtlich, daß der Landarbeiterverband allen Gegnern zum Trost als Gewerkschaftsorganisation rühmlich in Reich und Glied mit den anderen gewerkschaftlichen Organisationen marschiert und gleich ihnen für eine wirtschaftliche Hebung der Arbeiterklasse mit Erfolg wirkt.

Der Transportarbeiterverband zählt am Schlusse des Jahres 1912 in 415 Ortsvereinen 225 988 Mitglieder, darunter 8162 weibliche und 5231 jugendliche. Der Mitgliederzuwachs betrug 30 739. Der Verband hatte im Jahre 1912 insgesamt 1046 Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen zu führen, die sich auf 229 Orte und 2 Stromgebiete erstreckten. Für 34 565 Personen ist eine Verkürzung der Arbeitszeit um 191 953 Stunden durchgeführt worden. Dazu kommt noch die erfolgreiche Abwehr von Arbeitszeitverlängerungen. An Lohnerböhrungen wurde für insgesamt 70 144 beteiligte 180 316,57 RM. pro Woche erreicht, Tarife in 2626 Betrieben abgeschlossen. Für Unterhaltungen gelangte die Summe von 2 111 255 RM. zur Auszahlung. Die Gesamteinnahmen des Verbandes betragen 5 619 438 RM., das ist ein Mehr von 1 076 379 RM. gegen 1911. Der Kassenüberschuß beträgt 764 091 RM., der Kassenbestand 1 888 337 RM. in der Hauptklasse und 1 129 845 RM. in den Ortsklassen.

Der Vorstand des deutschen Holzarbeiterverbandes hat kürzlich ein eigenes Heim in Berlin beziehen können, das auch noch eine eigene Druckerei, in der das Verbandsorgan hergestellt wird, beherbergt. Der Bau enthält Räume für die Bureaus der Zentralverwaltung und für die Ortsverwaltung Berlin. Um zukünftige Erweiterungen zu ermöglichen, sind eine Anzahl Mietwohnungen eingebaut, die eventuell später für Bureaus noch einzurichten sind. Der stolze Bau, über dessen Einzelheiten die „Holzarbeiter-Zeitung“ verschiedene Abbildungen bringt, hat eine hübsche Fassade, die den monumentalen Gebäuden der Umgebung angepaßt ist.

Rundschau

Zum Begräbnis Sebels. Der Verbandsvorstand hat den Vorsitzenden unseres Verbandes Kollegen Mohs zur Begräbnisfeier nach Zürich delegiert. Gleichzeitig ist ein prächtiger Kranz im Namen unseres Verbandes niedergelegt worden.

Arbeitslosenversammlung in Berlin. In der Großstadt machen sich die Folgen einer Wirtschaftskrise am stärksten bemerkbar. Der immerwährende Zustrom von Arbeitkräften nach Berlin läßt in Zeiten der niederschlagenden Konjunktur das Heer der Arbeitslosen besonders anschwellen. Seit Anfang des Jahres schon zeigte sich in hohem Maße der Anzug der Armut, die in den Sommermonaten, in denen im Pflanzgewerbe noch volle Beschäftigung herrschen sollte, bereits einen sehr hohen Grad erreicht hatte. Für die Wintermonate ist noch ein härterer Niedergang der Konjunktur zu befürchten, so daß dann die Arbeitslosigkeit mit allen ihren Schrecken sich erst recht bemerkbar machen wird. Schon vor Wochen machte eine Versammlung der arbeitslosen Holzarbeiter in Berlin viel von sich reden. Sie machte die Öffentlichkeit auf die große Arbeitslosigkeit in Berlin aufmerksam und verlangte von der Gewerkschaft, daß über das Statut hinaus von dem vorhandenen, über 7 Millionen Mark betragenden Fonds, besondere Anwendungen für die Arbeitslosen gemacht werden. Schon damals wurde bekannt, daß die Berliner Gewerkschaftskommission durch Umfrage bei den Gewerkschaften versucht, den Grad der Arbeitslosigkeit festzustellen. Am 12. August d. J. vormittags, fanden in sieben der größten Säle Berlins hartbelebte allgemeine Arbeitslosenversammlungen statt. Sie allein ergaben schon aus der starken Beteiligung ein ungefähres Bild der Arbeitslosigkeit in Berlin. Präziser jedoch wird die Arbeitslosigkeit in Berlin durch die von der Gewerkschaftskommission ermittelten Zahlen dargestellt. Danach sind gegenwärtig etwa 25 000 organisierte Arbeiter arbeitslos. Bedenkt man dazu die vielen Nichtorganisierten, so dürfte die Schätzung von 50 000 Arbeitslosen in Berlin der Wirklichkeit nahekommen. Den Versammlungen lag eine Resolution vor, in der gesagt wird, daß infolge der seit vielen Jahren herrschenden Teuerung aller Lebens- und Bedarfsmittel der Mensch der Volksmassen erheblich eingeschränkt wurde. Andauernde Verschlechterung des Geldmarktes und schrankenloser Grund- und Bodenwucher hätte die Lautlosigkeit gänzlich lahmgelegt. Tausende Bauarbeiter, die noch volle Beschäftigung haben sollten, seien schon ohne Arbeit. Die Gewerkschaft hätte nach ihren Kräften die durch Arbeitslosigkeit entstandene Notlage gemildert. Es könne ihnen aber nicht allein zugemutet werden, den Opfern des heutigen Wirtschaftssystems über die schlimme Zeit der Arbeitslosigkeit hinwegzusehen; Staat und Gemeinden müßten eingreifen. Verlangt wird, daß die von Staat und Gemeinden beabsichtigten Bauausführungen und andere gewerbliche Arbeiten alsbald in Auftrag gegeben und diese Arbeiten unter Beobachtung der Tarifverträge der einzelnen Vertriebe ausgeführt werden sollen, ferner, daß die Arbeitslosenversicherung bald eingeführt werden solle. Staat und Gemeinden dürften als Sachwalter der Interessen des Volkes auch jene Teile des Volkes nicht vergessen, die nur zum Wohlstand der Nation beitragen haben. Die Gewerkschaftskommission wurde beauftragt, mit Rücksicht darauf, daß der Winter bedeutende Verschlimmerungen erwarten läßt, sofort die nötigen Schritte einzuleiten, um die in Aussicht genommenen Maßnahmen durchzuführen. — In der Diskussion wurde von den einzelnen Rednern drastisch Not und Elend der Arbeitslosen und ihrer Familien geschildert. Vieles kam die Meinung zum Ausdruck, daß mit Resolutionen den Arbeitslosen nicht viel geholfen werde. — Die Resolutionen fanden in allen Versammlungen einstimmige Annahme. Die Polizei hatte Vorkehrungen getroffen, wahrscheinlich, um Demonstrationen zu verhindern. Kosten mit Fahrrädern harrten draußen der Befehle, um Verstärkung heranzuholen. Die Polizei trat jedoch nirgends in Aktion. Die Arbeitslosen verließen ruhig die Versammlungsorte.

Ein interessantes Kulturbild enthält das Jahrbuch der Gaschnik für das Jahr 1912 (Verlag Edenburg in München). Als im Jahre 1816 das erste städtische Gaswerk in Deutschland errichtet wurde, schrieb die „Mölnische Zeitung“ am 24. März 1816 einen Artikel, daß die Straßenbeleuchtung mittels Gas zu bekämpfen sei, und zwar aus folgenden Gesichtspunkten: 1. vom theologischen Standpunkt, weil das Gaslicht den Weltplan hominem wolle, der die Finsternis der Nacht vorziehe; 2. vom juristischen Standpunkt, weil auch solche Leute zu den Kosten beizutragen hätten, die gar keine Gasbeleuchtung wünschten; 3. vom medizinischen Standpunkt, weil die Ausstrahlung des Gases schaden könnte. Ueberdies würde die helle Beleuchtung abends zu längerem Verweilen auf der Straße verlocken, wodurch eine Vermehrung der Erkältungskrankheiten hervorgerufen würde; 4. vom moralischen Standpunkt, weil das Grauen vor der Finsternis verschwinden müßte und Trunksucht und Missetat gefördert würden; 5. vom politischen Standpunkt, weil die Pferde schon würden, die Liebe kühl gemacht würden; 6. vom volkswirtschaftlichen Standpunkt, weil große Summen alljährlich ins Ausland fließen würden; 7. vom volkstümlichen Standpunkt, weil die Wirkung von fest

lichen Illuminationen leiden müßte." — So wie uns heute diese „Gründe“ anmuten, werden nach weiteren 100 Jahren unsere Nachkommen über die „Gründe“ urteilen, mit dem man jetzt manche von uns angestrebte Neuerung bekämpft.

„Christliche“ Agitationsmittel. Der „Danziger Volkswacht“ wehrt der Zufall nachstehenden „christlichen“ Handzettel auf den Schreibisch:

Zentralverband christlicher Gemeindearbeiter und Straßenreiniger.

Abteilung Straßenreiniger.

Am Donnerstag, den 24. Juli 1913, abends 7 Uhr, findet in Altshottland bei Herrn Landberg unsere außerordentliche Mitgliederversammlung statt.

Tagesordnung: 1. Vorstandswahl. 2. Vortrag des Herrn Stadtverordneten Krause aus Danzig. 3. Verschiedenes. Kein Kolleg der Straßenreiniger darf in dieser Versammlung fehlen!

Mit Kolleg. Gruß

J. A.: Johann Krause.

Ein Glas Bier ist eine sehr gute Sache. Aber im Sommer doch etwas weniger. Ist es nicht besser, wenn Sie gleich ein Abtchen oder Bierchen nehmen. Herr Krause? Zumal, da es sich auf der Verbant so schön über den „Materialismus“ der freien Gewerkschaften schwätzt.

Das sächsische Ministerium des Innern hat die sächsischen Gewerkschaften zum Bericht darüber aufgefordert, ob durch die Handhabung der tariflichen Einrichtungen die Gehilfenchaft in die „sozialdemokratischen“ Verbände gedrängt würden, und ob ferner den Unternehmern durch die Verdrängung von nichtsozialdemokratisch organisierten Gehilfen Schwierigkeiten erwachsen. Die Gewerkschaften in Dresden hat dem Ministerium die gewünschte Antwort erteilt, d. h. sie hat sich scharf gegen das Tarifamt der Landräuder gewandt. Dagegen hat nun das Tarifamt in einer Anwehlerklärung Stellung genommen. Trotz dieser Erklärung des Tarifamts wird das Schreiben, das die Dresdener Gewerkschaft an das sächsische Ministerium gesandt hat, gelegentlich noch seine Rolle in dem Affenmarium der Scharfmacher gegen die organisierte Arbeiterschaft spielen.

Gewerkschaftlicher oder Kommunalbetrieb? Hierüber wurde vor einiger Zeit in der „Völkischen Zeitung“ geschrieben. Wir geben nachstehend die hauptsächlichsten Gesichtspunkte des Verfassers wieder. Durch die schwerfällige bürokratisch-schematische Verwaltung der städtischen Betriebe sind diese nicht instande, sich so zu entfalten, wie die gewerkschaftlichen Unternehmungen, bei denen eine rasche Anpassungs- und Dispositionsfähigkeit sowie die Leitung nach kaufmännischen Grundzügen das Prinzip der größtmöglichen Wirtschaftlichkeit in den Vordergrund treten läßt. Wenn die Verwaltung die Organisation ist, die Ziel und Vernunft in das Chaos der Produktion hineinbringen soll, um die zur Verfügung stehenden Kräfte möglichst rationell auszunutzen, so ist dies bei den Kommunalverwaltungen umgekehrt. Hier sollen sich die technischen Kräfte trotz eines bürokratischen Formalismus entwickeln. Bei dem Privatunternehmen ist jeder Angehörige an dem Fortgang des Unternehmens interessiert, für den Kommunalbeamten fällt dieses Interesse weg. Sein Gehalt und seine Stellung ist unbeschadet der Größe und Prosperität des städtischen Betriebes im Anstellungsvertrage festgelegt; im Privatbetriebe kann der als tüchtig anerkannte Beamte mit dem Aufsteigen in höhere Stellung rechnen. Für höhere Beamte, insbesondere die Leiter kommunaler Betriebe, empfiehlt der Verfasser die Beteiligung am Reingewinn durch Fantieme. Mehrere Städte haben dies bereits eingeführt. So bekommt z. B. der Leiter des Gaswerks in Brandenburg bis zu einem Reingewinn von 150 000 Mk. 1 Proz., darüber hinaus 2 Proz.; in Gelsenkirchen bis 200 000 Mk. 2 1/2 Proz., darüber hinaus 1 Proz.; der Leiter des Elektrizitätswerks Chemnitz bis 100 000 Mk. 2 Proz., darüber 1/2 Proz.; in Schwerin bis 25 000 Mark 4 Proz., 50 000 Mk. 3 Proz., 75 000 Mk. 2 Proz. und darüber hinaus 1 Proz. Der Direktor des Elektrizitätswerks und der Straßenbahn in Potsdam bis 30 000 Mk. 1 1/2 Proz. und darüber 1 Proz., der Direktor der Chemniger Straßenbahn bis 200 000 Mk. 2 Proz. und darüber 1 Proz. Der Gasanfallsleiter in Freiberg i. S. bezieht vom Reingewinn bis 70 000 Mk. 1 Proz., darüber 2 Proz. — Man wird bei Betrachtung dieser Art der Gewinnbeteiligung für den Betriebsleiter den Verdacht nicht los, daß die Steigerung der Gewinnchance für die höheren Beamten sich hauptsächlich auf Kosten der Arbeiter löhne vollzieht. Der Verfasser tritt noch für eine weitgehende Selbständigkeit der kommunalen Betriebsleiter ein und führt aus: Während die Privatindustrie für die großen Unternehmungen, wie wir sie in den Gas- und Elektrizitätswerken vor uns haben, in der Form der Aktien-gesellschaft eine Lösung gefunden hat, bei der das Direktorium mit den weitgehenden Befugnissen ausgerüstet ist und nur von dem Aufsichtsrat kontrolliert wird, haben die Kommunalbetriebe in der veralteten Form der Deputationsverwaltung festgehalten. Zum Schluß wird empfohlen, auch die Kommunalbetriebe mehr als früher unter den Gesichtspunkt der Reineinnahme zu stellen. Der Verfasser ist überzeugt, daß dies nicht zum Schaden

der Allgemeinheit etwa durch Erhöhung der Gas- und Elektrizitätspreise geschieht, sondern durch größeren Umsatz und Verbilligung des Betriebes. — Wir sind von dieser Ansicht nicht überzeugt, sind allerdings mit ihm der Meinung, daß der Bürokratismus der teuerste Luxus ist, den man sich denken kann. Die Grundzüge indessen, die für die rationelle Bewirtschaftung der gewerkschaftlichen Betriebe gelten, lassen sich fast restlos auch in den kommunalen Betrieben zur Durchführung bringen. Die dadurch gesteigerten Einnahmen befähigen die Städte, an Kulturaufgaben heranzutreten, deren Lösung sie früher oder später doch vornehmen müssen. Auf alle Fälle würde dadurch weit mehr Nutzen für die Allgemeinheit gestiftet, als wenn die kommunalen Betriebe der teilweisen Ausbeutung des Privatkapitals überlassen werden, wie das im gewerkschaftlichen Betriebe der Fall ist.

Gerichts-Zeitung

In der Strafsache gegen 1. den Gewerkschaftsführer Johann Heinrich Carl Schönberg, geboren am 16. März 1870 in Gr.-Salitz, 2. den Redakteur Ernst Johann Köpfe, geboren am 15. März 1866 in Vettorf, wegen Verleumdung des Stadtdirektors Winter, hat die Strafkammer VI des Landgerichts Hamburg in der Sitzung vom 2. Dezember 1912, an welcher teilgenommen haben: Landgerichtsdirektor Dr. Schröder als Vorsitzender, Landrichter Dr. Kaufsch, Landrichter Dr. Pfeiffer, Landrichter Dr. Schönfeld, Landrichter Wendt als beisitzende Richter, Rechtsanwalt Dr. Müller als Beamter der Staatsanwaltschaft, Gerichtssekretär Pränitz als Protokollschreiber, für Recht erkannt: Die Angeklagten werden wegen Verleumdung des Stadtdirektors Winter, und zwar: Schönberg in 2 Fällen zu 4 Monaten Gefängnis, Köpfe in 1 Fall zu 2 Monaten Gefängnis, alle Angeklagten auch in die sie betreffenden Kosten des Verfahrens verurteilt. Dem beklagten Stadtdirektor Winter wird die Befugnis zugesprochen, auf Kosten der Angeklagten Schönberg und Köpfe, deren Verurteilung innerhalb eines Monats nach Erteilung einer ihm auf Kosten von Schönberg und Köpfe zu erstellenden Ausfertigung des rechtskräftigen Urteils durch einmaligen Abdruck des Schönberg und Köpfe betreffenden verhängenden Teils des Urteils im „Hamburger Echo“ und in der Berliner Zeitung „Die Gewerkschaft“ öffentlich bekannt zu machen.

Eingegangene Schriften und Bücher

„Die Gemeinde“, Monatschrift für sozialdemokratische Kommunalpolitik, Wien V. 1, Nechte Wienzeile Nr. 97. Das fünfte Heft ist soeben erschienen und hat folgenden Inhalt: Julius Fischer, Vom Wahlrecht der „Mittelstädter“; M. Robinson, Stadische Uebernahmssämter für Lebensmittel; Josef Bokst, Aufgaben einer wachsenden Industrie; Rundschau: Gemeindefrecht, Gemeindebetriebe, Gemeindefinanzen, Bildungsweien, Wohnungsweien, Gesundheitspflege, Nahrungsmittelversorgung, Arbeiterpolitik, Kommunale Technik, Die Sozialdemokratie in der Gemeinde, Unsere Gegner, Chronik, Vuchbesprechungen, Briefkasten. — Bezugspreis ganzjährig 3 Kr., halbjährig 1,60 Kr.

Filiale Rixingen a. M.

Sonntag, den 24. August, nachmittags 3 Uhr Mitgliederversammlung im Bräustübli mit Referat des Gauleiters Ehret. Abends 8 Uhr Familienunterhaltung. Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder wird erwartet. Die Verwaltung.

Totenliste des Verbandes.

Johann Gerds, Jübrak Arbeiter † 4. 8. 1913, 64 Jahre alt.	Reinhard Kenter, Chemnitz Invalide † 12. 8. 1913, 60 Jahre alt.
Otto Manske, Berlin Maschinist (Wasserwerk) † 5. 8. 1913, 34 Jahre alt.	J. J. Baumricker, Freiburg Installateur D. (Wasserwerk) † 11. 8. 1913, 69 Jahre alt.
Meert Coben, Rixfingen Staatsarbeiter (Bekleidungsab.) † 11. 8. 1913, 34 Jahre alt.	A. Meyer, Mühlhausen i. C. Straßenhörer † 12. 8. 1913, 35 Jahre alt.
Karl Trischler II, Freiburg Gasarbeiter † 11. 8. 1913, 39 Jahre alt.	H. Kaiser, Magdeburg Invalide † 14. 8. 1913, 60 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

Habt acht auf die Krankenkassenwahlen!

Am 1. Januar 1914 treten die neuen Vorschriften der Reichsversicherungsordnung über die Krankenversicherung in Kraft. Die Versicherung ist erheblich ausgedehnt. Ihr sind neu unterstellt die Arbeitnehmer männlichen und weiblichen Geschlechts in der Landwirtschaft, die Diensthöten, die unständig Beschäftigten, die im Wandergewerbe und die im Hausgewerbe Tätigen. Für Personen, deren Versicherungspflicht bisher von einem Einkommen bis zu 2000 Mk. abhängig war, ist die Versicherungspflicht erstreckt bis auf ein Einkommen von 2500 Mk.

Für die Versicherung sind die Träger, die Krankenkassen, zum Teil auf wesentlich andere Grundlagen gestellt als bisher. Ein großer Teil der bisherigen Krankenkassen geht ein, es verschwindet auch die Gemeindekrankenversicherung. Die Reichsversicherungsordnung kennt nur Ortskrankenkassen, Landkrankenkassen, Betriebskrankenkassen und Innungskrankenkassen.

Bestehende Ortskrankenkassen können zu allgemeinen Ortskrankenkassen ausgebaut oder als besondere Ortskrankenkassen zugelassen werden. Sonst sind allgemeine Ortskrankenkassen neu zu errichten.

Das hat noch in diesem Jahre zu geschehen, damit am 1. Januar die Vorschriften der Reichsversicherungsordnung erfüllt werden können. Es wird im wesentlichen auch schon in den einzelnen Bezirken darüber Klarheit bestehen, wie es mit der Organisation der Krankenkassen wird.

Es gilt jedoch in den nächsten Wochen und Monaten, die Wahl für den Ausschuss dieser Krankenkassen und dann für den Vorstand vorzunehmen. In den Landkrankenkassen haben die Versicherten leider keinen Einfluss auf die Zusammenlegung des Ausschusses und Vorstandes. Hier wählt die Behörde die Vertreter. Das trifft namentlich die neu der Versicherung unterstellten Personen, die dort, wo eine Landkrankenkasse errichtet wird, dieser angehören müssen. Wo eine Landkrankenkasse nicht errichtet ist, ist ihre Versicherungspflicht bei den anderen Krankenkassen begründet. Und hier, bei den Ortskrankenkassen, bei den Betriebs- und bei den Innungskrankenkassen, wählen die Mitglieder den Ausschuss.

Für die Ortskrankenkassen hat der Bundesrat Vorschriften erlassen, nach denen auch die neu der Versicherung unterstellten Personen an den Wahlen zum Ausschuss teilnehmen. Der Bundesrat hat bestimmt, daß bei neu errichteten allgemeinen Ortskrankenkassen das zuständige Versicherungsamt Wählerlisten aufzustellen und dann die Wahlberechtigten durch öffentliche Bekanntmachung aufzufordern hat, sich zur Eintragung in die Wählerlisten zu melden. Eine besondere Benachrichtigung der einzelnen Wähler findet nicht statt. Diese Anordnungen gelten auch für die durch die Reichsversicherung neu in die Krankenversicherung eingezogenen Mitglieder ausgestalteter allgemeiner Ortskrankenkassen und für die Arbeitgeber dieser Mitglieder gelten. Es kann jedoch die oberste Verwaltungsbehörde Abweichungen anordnen oder zulassen. Sie kann auch insbesondere bestimmen, wie weit Wahlberechtigte, die nicht in die Wählerliste eingetragen sind, gleichwohl bei gehörigem Ausweis über ihre Wahlberechtigung zur Wahl zugelassen sind, und wie dieser Ausweis erbracht werden kann.

Es erwacht nun allen der Krankenkassenversicherung unterliegenden Personen die dringende Pflicht und Aufgabe, sich an diesen, in nächster Zeit stattfindenden Wahlen zu beteiligen und dazu sich in die Wählerlisten eintragen zu lassen.

Wahlberechtigt ist jede der Versicherung unterstehende Person, sofern sie über 21 Jahre alt ist.

Das

Geschlecht spielt keine Rolle.

Es muß namentlich den Frauen dringend ans Herz gelegt werden, ihren ganzen Einfluss bei den Wahlen geltend zu machen. Ob die Rasse eine Schwangerenunterstützung, Hebammendienste für die

weiblichen Versicherungspflichtigen und Wochenhilfe an versicherungsfreie Ehefrauen und anderes mehr gewährt, hängt ganz von dem sozialen Verständnis der gewählten Vertreter ab, da es sich bei diesen Leistungen nicht um die den Kassen obliegenden Pflichtleistungen handelt.

Ob Mann oder Frau also, ganz gleichgültig, sie alle müssen sich an den Wahlen beteiligen, und möglichst dafür sorgen, daß freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen in den Ausschuss entsandt werden. Das ist nicht nur notwendig, um Leute in den Ausschuss zu bekommen, die Verständnis für den weiteren Ausbau der Krankenversicherung haben und die nach Möglichkeit dafür sorgen, daß die nach der Reichsversicherungsordnung zulässigen freiwilligen Leistungen der Krankenkassen auch durchgeführt werden, sondern es ist auch noch aus folgendem notwendig: Die Vorstandsmitglieder aller Krankenkassen wählen späterhin die Mitglieder beim Versicherungsamt, diese wieder wählen die Mitglieder beim Überversicherungsamt und die letzten endlich wieder die Mitglieder beim Reichsversicherungsamt bzw. Landesversicherungsamt.

Die Wahlen finden nach den Grundätzen der Verhältniswahl statt. Das muß ein Grund mehr sein für die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter, alles daran zu setzen, Leute ihres Vertrauens in den Ausschuss der Krankenkasse zu bekommen. Sicher werden alle jene, die vorgeben, auch die Interessen der Arbeiter zu vertreten, in Wirklichkeit aber noch immer verjagt haben, wenn es gilt, ernstlich die Interessen der Versicherten im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen wahrzunehmen, sich an den Wahlen beteiligen.

Wer will, daß sozialer Geist in den Krankenkassen und in den rechtsprechenden Behörden herrscht, der muß die

Wahl der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter unterstützen.

Den Gewerkschaftsvertretern aber erwacht die Pflicht, die Wahlen vorzubereiten. Sie haben insbesondere den der Krankenkassenversicherung vom 1. Januar 1914 ab unterliegenden Personen durch örtliche Veröffentlichungen kundzutun, wo und wo sie sich in die Wählerlisten eintragen lassen müssen.

Die vorhin erwähnten Bestimmungen des Bundesrats haben schon Anlaß zu den verschiedensten Auslegungen gegeben. Es macht sich bei einzelnen Behörden die Meinung geltend, daß sich auch die jetzt schon der Versicherung unterliegenden Personen, also die bisherigen Mitglieder der Krankenkassen, neu in die Wählerlisten eintragen lassen müssen. Andererseits aber auch wieder wird für diese Personen die Wahlberechtigung anerkannt, wenn sie in den Mitgliederlisten ihrer bisherigen Krankenkasse verzeichnet sind. Ja es wird auch die Meinung vertreten, daß die Mitgliederliste einer ausgestalteten allgemeinen Ortskrankenkasse zum Ausweis der Wahlberechtigung dient, daß aber die Mitglieder von Krankenkassen, die geschlossen werden, sich auch in die Wählerlisten eintragen lassen müssen. Wo diese letzte Auffassung bei den Behörden besteht, wende man sich sofort an die höhere Verwaltungsbehörde mit dem Ersuchen, eine Änderung eintreten zu lassen. Entweder müssen sich alle krankenversicherungspflichtigen Personen in die Wählerliste eintragen lassen, oder aber, wo für die bisher schon versicherten Personen die Zugehörigkeit zu einer Krankenkasse für die Wahlberechtigung entscheidend ist, da muß es für alle gelten.

Die kommenden Krankenkassenwahlen dürfen nicht geringer geachtet werden als irgendeine politische Wahl.

Das ureigenste Interesse jedes einzelnen, der sozialen Fortschritt will, soll ihn veranlassen, für die Mandantenliste der freien gewerkschaftlichen Arbeiterschaft die Stimme abzugeben.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

C. Legien.